6. Jahrg. Nr. 140

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Mk.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Eichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige.

Sonnabend, 27. September 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.25 Gm., wöchentl. 60 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kioske 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 310 59 — Fernsprecher: Breslau Ring 3687.

An das oberschlesische Proletariat.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Ein harter und arbeitsreicher Wahlkampf liegt hinter uns. Viele Wochen hindurch habt Ihr trotzig und unverdrossen anstrengende Kleinarbeit für die revolutionäre Aufrüttelung der werktätigen Massen Oberschlesiens geleistet. Der Kampf, den Ihr zu führen hattet, war schwer und mühevoll. Eine ganze Welt von Feinden stand geschlossen gegen Euch. Das gesamte Bürgertum und seine sozialdemokratischen und syndikalistischen Agenten haben keine Kosten gescheut und sind vor keinem Mittel zurückgeschreckt, um Eure revolutionäre Kampfesfront niederzurennen und dadurch dem gesamten revolutionären Proletariat in Deutschland einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

Oberschlesien sollte das Probierfeld für eine neue Kapitalsoffensive gegen die Gesamtarbeiterklasse Deutschlands abgeben.

Die 130 000 Wahlstimmen, die am 4. Mai in Oberschlesien für den Kommunismus abgegeben worden sind, empfand die Bourgeoisie als eine unmittelbare Bedrohung ihres Geldsackes und ihrer Herrschaft. Und zwar um so mehr, als der Dawes-Pakt, den das deutsche Großkapital Ende August mit der internationalen Hochfinanz abgeschlossen hat, unvermeidlich zu vermehrter **Ausbeutung, zu gesteigertem Lohndruck, zu weiterer Verlängerung der Arbeitszeit und zu neuen und verschärften Verfolgungen gegen die werktätigen Massen in Stadt und Land führen muß.**

Revolutionäre Proletarier Oberschlesiens!

Gegen den eisernen Wall von erbitterten Klassenfeinden habt Ihr Euch wacker und tapfer geschlagen. Wohl ist die Zahl derer, die sich im 21. September durch ihre Stimmabgabe offen zum revolutionären Kommunismus als dem Träger und Vorkämpfer der proletarischen Revolution bekannten, nicht unerheblich zurückgegangen.

Allein dieser Stimmenrückgang drückt keineswegs ein Ueberlaufen von neuen Arbeitermassen zum Klassenfeind aus.

Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen sind am 21. September bewußt der Wahlurne ferngeblieben. Aber nicht aus Feigheit vor dem revolutionären Klassenkampf, sondern nur aus schwerer und quälender religiöser Gewissensnot. Von einer macht- und herrschgierigen Geistlichkeit, die sich rückhaltslos in den Dienst der kapitalistischen Ausbeutung stellt, zur Entscheidung gepreßt, entweder ihrem proletarischen Klassengefühl zu folgen oder aus der katholischen Religionsgemeinschaft ausgeschlossen zu werden, **haben diesmal noch Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterfrauen den rettenden Ausweg aus der Sackgasse in einer bewußten Wahlenthaltung gesucht.**

Die Tatsache aber, daß es dem katholischen Klerus dieses Mal schon nicht mehr gelungen ist, die noch kirchengläubigen Arbeitermassen für das Großkapital und gegen den Kommunismus ins Feld zu führen, bedeutet in einem fast rein katholischen Lande wie Oberschlesien

eine bereits weit vorgeschrittene Zermürbung der Macht der kapitalistischen Geistlichkeit über die werktätigen Massen in Stadt und Land.

Und diese Tatsache bildet für den revolutionären Kommunismus ein sicheres Unterpfand für seinen ferneren Aufstieg und für seinen unausbleiblichen Endsieg über alle großkapitalistischen Mächte.

Der **verschärfte Druck der großkapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik,** den die Ausführung des Räuberplanes der internationalen Finanzsachverständigen naturnotwendig erzeugen muß, wird sehr bald in den Herzen dieser bereits revolutionär und kommunistisch empfindenden Arbeitermassen die letzten kirchlichen Hemmungen überwinden helfen und sie selbst endgültig und für immer in das kämpfende Heer des Kommunismus hinüberdrängen.

Diese sichere Aussicht auf baldige Verstärkung der revolutionären Klassenfront des Proletariats durch diese gestern noch kirchlich umfangenen Arbeitermassen läßt uns die Tatsache des Wahlstimmenrückganges bei der Wahl vom 21. September relativ gering und unerheblich erscheinen. Denn die Kommunisten kämpfen bei den Wahlen nicht um Parlamentsmandate und bürgerliche Schacherpolitik, sondern für die Gewinnung der Herzen und Hirne der Arbeitermassen, für die Schaffung der politischen und organisatorischen Voraussetzungen der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats.

Revolutionäre Proletarier Oberschlesiens!

Das Kartell und seine sozialdemokratischen und syndikalistischen Lakaien sind sich sehr wohl bewußt, daß der Stimmenverlust der Sozialdemokratie am 21. September ihrer Niederlage gehört, die in relativ naher Zukunft in neue Siege der revolutionären Arbeiterklasse umschlagen müssen. Der sehr gedämpfte Jubel der Todfeinde des Kommunismus über den Wahlausgang läßt dies deutlich erkennen.

Das revolutionäre Proletariat Oberschlesiens und Gesamt-Deutschlands hat somit keinerlei Anlaß, sich durch den Stimmenrückgang der Kommunisten irgendwie entmutigen zu lassen. Im Gegenteil, der Wahlausfall und seine besonderen Begleitumstände berechtigen uns zu neuen großen Hoffnungen und Erwartungen, sofern die oberschlesischen Kommunisten es nur verstehen, rasch und gründlich die politischen und organisatorischen Lehren und Folgerungen zu ziehen.

Die politische Lehre und Folgerung aus dem Wahlkampf

besteht in der Verpflichtung der Kommunistischen Partei Deutschlands, den Kampf gegen das Großkapital und seine Hauptstützen, Zentrumspartei, Kirchenfürsten, Deutschnationale, Sozialdemokraten und Syndikalisten, fortlaufend mit ungeschwächter Energie zu führen und bei allen Tageskämpfen der Arbeitermassen gegen ihre wirtschaftliche, politische und kulturelle Verelendung und gegen die bald neu und verschärft einsetzenden Angriffe des Großkapitals auf Grund des Londoner Räuberpaktes der schaffenden Arbeiterklasse als Wegweiserin und Führerin zu dienen und ihr allezeit das rote Banner der sozialen Revolution voranzutragen.

Die organisatorische Lehre und Folgerung aus dem Wahlkampf

besteht in dem Erkennen der Mängel, Unzulänglichkeiten und Lücken im Organisationsapparat der Partei und in der geschichtlichen Notwendigkeit, hier rasch und gründlich Wandel zu schaffen, die kommunistischen Kampfesreihen zahlenmäßig zu stärken, zu schulen und zu disziplinieren und für die revolutionäre Anstrengung der unausbleiblichen großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu befähigen.

Aus jedem kommunistischen Wähler, aus jeder Proletarierin die sich am 21. September zu den Zielen des Kommunismus bekannt hat, muß raschestens ein bewußter Mitkämpfer für den revolutionären Kommunismus werden.

Den Klassengenossen, die aus Furcht vor den angedrohten Kirchenstrafen sich am letzten Wahltage bewußt und trotzig abseits stellten, um nicht zum Verräter an ihrer Klasse zu werden, müssen wir zur Ueberwindung ihrer religiösen Hemmungen tatkräftig und brüderlich die Hände reichen.

In jeder Proletarierwohnung [illegible] sozialistische „Oberschlesische Rote Fahne" die bürgerliche und sozialdemokratische Lügen- und Hetzpresse verdrängen und zur täglichen Lehrerin, Mahnerin und Kuferin zum Streite für die Eroberung der Herrschaft des Proletariats werden.

Revolutionäre Proletarier Oberschlesiens!

Ein Kampf ist zu Ende. Es lebe der neue Kampf um die Eroberung der Arbeitermassen für den proletarischen Befreiungskampf. Not lehrt kämpfen. Kämpfen heißt siegen wollen. Siegen aber setzt geschlossene und geschulte Kampfesformationen voraus.

Diese geschlossenen und geschulten Kampfesformationen zu schaffen, ist jetzt das nächste Gebot der Stunde. Jeder klassenbewußte Arbeiter und Arbeiterin muß uns dabei nach Kräften behilflich sein.

Darum auf zur zielklaren und rüstigen Werbearbeit für die Organisation und Presse des Kommunismus!

Denn neue große Gefahren umlagern uns schwarz und dicht. Das deutsche und das internationale Ruhrkapital sind fest entschlossen, [illegible] des Londoner Räuberpaktes aus den Knochen der werktätigen Massen in Stadt und Land herauszupressen.

Hinein in die Organisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Lest und werbt unablässlich für die „Oberschlesische Rote Fahne!"

Geschieht das, dann wird die Schlappe vom 21. September bald zu einem neuen Eckstein für den Endkampf und den Endsieg des Kommunismus sein.

Es lebe das revolutionäre Proletariat Oberschlesiens und Gesamt-Deutschlands!

Es lebe der Sieg des revolutionären Kommunismus!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Berlin, Ende September 1924.

Die Zentrale der KPD.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund!

Als Landsknecht gegen Sowjetrußland.

Die Frage der deutschen proletarischen Revolution, die im Weltkriege zum erstenmal in ihrer ganzen Tiefe und Schwere von der Geschichte aufgerollt wurde, war vom ersten Augenblick an keine rein nationale, „innere" Frage, sondern eine Frage der internationalen Politik, der internationalen Arbeitersolidarität. Selbst in den Monaten des Kampfes des imperialistischen Deutschlands gegen die imperialistische Entente war es jedem klar, daß die deutsche proletarische Revolution sich nicht nur gegen die deutsche, sondern gleichzeitig gegen die ententeistische, gegen die internationale Kapitalistenklasse richte. Die russische Oktoberrevolution erhärtete die Lehre, daß das Kapital international ist und tausendmal eher das eigene Vaterland preisgibt, als die eigenen Klasseninteressen.

Mit der zweiten Niederlage der deutschen Bourgeoisie gegenüber der Entente, mit der deutschen Kapitulation im Ruhrkrieg wurde die internationale Klassenfront des Kapitals gegen das internationale Proletariat und seiner Vorposten, gegen Sowjetrußland noch stärker ausgerichtet. Der Dawesplan und seine Annahme durch die deutsche Regierung war das Resultat dieser zweiten entscheidenden Niederlage. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund soll die Niederlage und Entrechtung Deutschlands offiziell sanktionieren und mit einem Schein internationaler Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie umgeben. Dieser äußere Schein darf dem Arbeiter nicht den wahren Inhalt dieses Schrittes verdunkeln. Es gehört ja zum Wesen der Demokratie, daß sie tatsächlich bestehende Ungleichheit, das Herrschaftsverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen den kapitalistischen Staaten und den Kolonien zwischen den siegreichen und den besiegten und kleinen Staaten unter dem Deckmantel einer äußeren formalen Gleichheit verdeckt. So wenig irgend ein Parlament der Erde den tatsächlichen Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum aufhebt und die Kämpfe zwischen ihnen beseitigt, genau so wenig kann eine Völkerbundstagung der kapitalistischen Staaten die unterschiedlichen Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Staaten und die Konflikte und Kriege, die aus ihnen entspringen, aufheben.

Der Zweck des Völkerbundes ist, das Proletariat mit diesen trügerischen Hoffnungen auf „Nie-wieder-Krieg" einzulullen und von einem wirksamen entschiedenen Kampf mit allen Mitteln gegen den imperialistischen Krieg abzuhalten. Das ist der eine reaktionäre Zweck des Bundes, den die Sozialdemokratie verfolgt. Indem sie Friedenshoffnungen auf den Völkerbund nährt, verhindert sie praktisch die Ergreifung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung imperialistischer Kriege und hilft, ob sich der einzelne SPD-Mann dessen bewußt ist oder nicht, der Bourgeoisie den nächsten Krieg vorzubereiten und die Vorbereitungen dazu zu verhüllen.

Der Völkerbund [illegible] die tatsächlichen Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Staaten wieder und hilft, sie zu Gunsten der Großmächte zu verstärken. Immer mehr wird der Völkerbund aus einem bloßen internationalen Theater zu einem Machtinstrument Frankreichs und Englands.

Gegen wen richtet sich in erster Reihe die Front des Völkerbundes?

Gegen Sowjetrußland!

Das offiziöse Organ des deutschen Außenministeriums, die „Kölnische Zeitung", spricht es offen aus und enthüllt damit die Rolle, die Deutschland im Völkerbund zugedacht ist:

Landsknecht der Entente gegen Sowjetrußland zu sein.

In der „Kölnischen Zeitung" wird nicht eine einzige der Lügen vom „kapitalistischen Charakter" Rußlands erzählt, sondern offen der soziale, proletarische Charakter des Sowjetstaates als Grund der kapitalistischen Einheitsfront gegen Rußland angegeben. Die „Kölnische Zeitung" schreibt:

„Das starre Festhalten der Bolschewisten am kommunistischen Dogma hemmt nicht nur Rußlands Fortschritt, in ganz verheerender Weise, sondern hängt wie ein schwerer Stein am ganzen Europa, das in den Wogen des Zusammenbruchs schwimmt und mühsam mit den Wellen ringt, um nicht zu ertrinken. Bisher hat Europa es den Bolschewisten leicht gemacht, sich zu behaupten. Die Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon, Sevres, Sanktionen, Reparationen Poincare — diese ganze Atmosphäre fördert das Wachstum des Bolschewismus. Dazu verhalfen immer irgendein Staat hinter dem Rücken der anderen, mit Rußland ins Geschäft zu kommen, immer erhielten die Bolschewisten damit neue Vorteile, immer neue Kraftquellen. Jetzt endlich, seitdem das Dawessche Gesetzwerk in Kraft getreten ist, gegen das die Bolschewisten toben und Sturm laufen, scheint sich ein Fortschritt anzubahnen. Mit feinem Instinkt wittern die Bolschewisten ein Europa voraus, das sich zu einer Einheitsfront gegen sie zusammenschließen könnte. Und sie haben grundgenau eine solche Front zu fürchten. Ohne militärische Mittel, allein mit dem wirtschaftlichen Boykott gegen Rußland könnte ein nach vernünftigen Grundsätzen scheinrichtendes Europa

[illegible] daß die Herrscher Rußlands ihr privates dynastisches Ziel auf ein normales Maß herabschrauben, so daß einmal Rußland erdlich wiedererstehen was Rußlands ist, und zum anderen das unentbehrliche russische Wirtschaftsgebiet wieder in einen gesamteuropäischen Wirtschaftsplan eingefügt wird, an dem Rußland seinen natürlichen Lebensbedingungen entsprechend gebend und nehmend beteiligt ist. . . . Obwohl uns Deutschen der Völkerbund bisher nur grimmige Enttäuschung bereitet hat, muß man sich dazu zwingen, an den guten Kern zu glauben, der im Völkerbundgedanken drinsteckt. Es ist ein billiges Vergnügen, mit der harten Schale zugleich den süßen Kern verächtlich zu machen. Man darf es nicht, obwohl gerade die letzten Beratungen in Genf wieder dazu anreizen."

Der „süße Kern" ist: der Kampf gegen Sowjetrußland! Für diesen „süßen Kern" nehmen die deutschen Kapitalisten die harte Schale in Kauf. Um als Landsknecht gegen Sowjetrußland in den Krieg ziehen zu können, opfern sie gern Deutschlands Volksvermögen, Wohlstand, Unabhängigkeit, alles, um den wahren „Erbfeind" des Kapitals zu besiegen.

In vorderster Antibolschewistenfront stehen die deutschen Sozialdemokraten. Lügenmeldungen über Georgien, die selbst die bürgerliche, die deutsch-nationale Presse zu bringen sich geniert, werden von der SPD.-Zeitung groß aufgemacht und zu einer Riesenkriegshetze gegen Rußland ausgenutzt. Schwieriger und — dummer hetzt kein Blatt der Kapitalisten gegen den russischen Arbeiter- und Bauernstaat als die Blätter seiner Lakaien. Der Kampf in China, der rumänische Terror in Bessarabien, Kolonialaufstände, alles muß diesem Zweck untergeordnet werden.

Und hier herrscht eine Front. Die „Kölnische Zeitung" bezeugt es mit den Worten:

„Deutschlands auswärtige Ziele stehen jedem Deutschen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen, jedem Mann, jeder Frau, jedem Kind, unverrückbar vor Augen. Von Ludendorff bis Breitscheid steht das Volk dafür ein. Das ist ein guter, breiter Grund für einen Aufbau."

Von Ludendorff bis Breitscheid gegen den Kommunismus! Unter dieser Parole soll die größte Koalition zur Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Massen gebildet werden. Das außenpolitische Programm dieser Koalition wird dementsprechend für die innere Politik ergänzt.

Die Lügenkampagne gegen Rußland soll nicht nur einen neuen Interventionskrieg vorbereiten, sondern das deutsche Proletariat von dem eigenen Elend und weißen Terror und von Aktionen dagegen ablenken.

Aber zu fest verankert ist in der Arbeiterschaft das Vertrauen auf Sowjetrußland und die Liebe zu ihm. Wenn auch die deutsche Arbeiterschaft bis jetzt nicht die Kraft aufgebracht hat, dem russischen Beispiel zu folgen, so wird es doch keinen Krieg und keine Kriegsvorbereitungen gegen den Staat seiner proletarischen Brüder dulden. Dawesdeutschland und Sowjetrußland! Zu deutlich ist der Beweis, welcher Weg der richtige war.

Darum gilt es zur Gegenoffensive gegen die SPD. und ihre Antibolschewistenfront vorzugehen, dem Völkerbund und seinem Ableger, der 2. Internationale die wahre internationale Arbeiterfront entgegenzustellen, die geführt wird von der Kommunistischen Internationale. Die Kommunistische Internationale gibt uns das einzige wahre Rezept zur Verhinderung imperialistischer Kriege:

Sturz der Bourgeoisie!

Errichtung der proletarischen Diktatur!

Sozialdemokratische Cholerabazillen.

Wie 1914—1918.

Wer erinnert sich nicht noch der Schwindelmeldung über Brunnenvergiftungen durch Franzosen, feindliche Cholerabazillen, Mißhandlungen deutscher Soldaten usw. usw. im Weltkriege. Die sozialdemokratische Presse gab vier Jahre lang jeden Schwindel, jeden Dreck, mit dem der „Feind" beworfen wurde, kommentarlos wieder. Dieselbe Kriegslügenhetze beginnt heute von neuem. Nur, daß diesmal nicht ein Imperialistenclan gegen den anderen unterstützt wird, wie 1914, sondern die Hetze sich im Namen des internationalen Kapitals gegen die einzige Arbeitermacht der Erde, gegen Rußland richtet.

Viele Jahre lang wurde Bessarabien von dem rumänischen Terror blutig gemebelt, schlimmer als unter dem Zaren. Selbst die SPD.-Presse mußte damals das Wüten des weißen Schreckens, den Haß der bessarabischen Bevölkerung gegen die rumänische Unterdrückung und ihr Streben nach Anschluß an Sowjetrußland zugeben. Aber da es bei platonischen Kundgebungen der SPD. und der 2. Internationale blieb, holt sich das verzweifelte unglückliche Volk von Zeit zu Zeit selbst in spontanen Aufständen gegen die rumänischen Tyrannen.

Die bürgerliche Presse log natürlich diese zeitweiligen Aufstände als Moskauer Putsche um, vergeudet durch den rollenden Rubel. Wahrheit, das geknechtete, unglückliche, bessarabische Volk hatte keinen Rubel nötig, um mit gewaltigen Aufständen zu versuchen, die rumänische Schlinge um seinen Hals zu lösen.

Jetzt hat ein Wiener Schwindelbüro wiederum eine solche Ente in die Welt gesetzt: „Russischer Truppeneinfall in Bessarabien!" Die „Volkswacht", wie sie im Kriege tausendfach tat, druckt diese offenbare Lüge mit Wohlbehagen ab und — denunziert Rußland als Kriegstreiber.

Während für Georgien die „Volkswacht" nach einer Volksabstimmung sich die Pfoten dreckig schreibt, vergißt sie an dieses demokratische Prinzip der Volksabstimmung in Bessarabien. Die Forderung des bessarabischen Volkes nach einer Volksabstimmung über die Zugehörigkeit zu Rumänien wird von diesen Soldschreibern der Kapitalisten totgeschwiegen und verhöhnt.

Das georgische Petroleum gehört den Bauern und Arbeitern, darum muß es ihnen genommen werden, wenn nicht mit Volksabstimmung, so mit bezahlten Söldnerbanden, mit Monarchisten, Adligen und Pfaffen an der Spitze.

Die Reichtümer Bessarabiens sind von den rumänischen Junkern gestohlen, darum müssen sie ihnen bleiben, auch ohne Volksabstimmung.

Pfui Teufel, über diese Volkswachtnasale, die noch schlimmer zur Hölle stinkt, als die bürgerliche Pressepest.

Der Mardonaldfrieden.

Die englischen Truppen, nicht zufrieden mit Mesopotamien und seinem Petroleum, überschritten die Grenzen und drängten mit Flugzeugen die Türken zurück.

An die Bergarbeiter aller Länder!

In allen Ländern der Welt macht sich ein großer Ueberfluß an Kohlen bemerkbar. Ueberall werden große Kohlenvorräte angesammelt. In Deutschland werden wegen Mangel an Kohlenabsatz wöchentlich zwei, auf vielen Zechen sogar drei Feierschichten eingelegt. Im Monat August betrug die Zahl der eingelegten Feierschichten allein im Ruhrgebiet 850 000. In der Tschechoslowakei wird im Bergbau nur wöchentlich an vier Tagen gearbeitet, weil kein Bedarf an Kohlen vorhanden ist. Neben diesen Feierschichten ist ein großes Heer der Bergarbeiter überhaupt arbeitslos. In Deutschland liegen im **Ruhrgebiet 80 000**, in allen Kohlenrevieren zusammen **über 100 000 Bergarbeiter auf der Straße.**

Jeder neunte Bergarbeiter ist also mit seiner Familie dem Hungertode preisgegeben.

Dazu haben die Grubenbesitzer am 1. September noch weitere Kündigungen vorgenommen. Alle älteren und invaliden Bergarbeiter sollen in das Heer der Arbeitslosen gestoßen werden. In der Tschechoslowakei wächst die Arbeitslosenziffer von Woche zu Woche. In England, wo im Mai 3% der Bergarbeiter arbeitslos waren, stieg die Ziffer im Juni auf 6%, im Juli auf 8% und im August konnte man in England bei 1 150 000 Bergarbeitern 125 000 Arbeitslose zählen. Das sind 11%. In Frankreich und in Belgien werden die sich anhäufenden Kohlen-Vorräte in den nächsten Wochen dasselbe Resultat zeitigen.

Diese Kohlenkrise ist die typische Erscheinung des Zerfalls der kapitalistischen Produktionsweise. Die Kapitalisten aller Länder sehen aus der Kohlenkrise keinen anderen Ausweg als den der Preisunterbietung auf dem internationalen Kohlenmarkt. Diese ihre Politik zwingt sie, gegen die Bergarbeiter in ihren Ländern mit erneuten scharfen Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen vorzugehen.

In Deutschland wurde im Mai mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die Arbeitszeit erneut um eine Stunde verlängert.

Die Folgen davon sind die 100 000 arbeitslosen Bergarbeiter. Wäre die Arbeitszeit nicht verlängert worden, wären die Bergarbeiter bei der Siebenstundenschicht geblieben, brauchte heute kein deutscher Bergarbeiter auf der Straße liegen.

Die deutschen Kapitalisten und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie haben den Bergarbeitern gesagt, daß die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland notwendig sei, um die Kohlenlieferungen auf Grund des Dawes-Planes durchführen zu können.

Die auf Grund des Dawes-Planes vorgesehenen Kohlenlieferungen Deutschlands an die Entente-Länder sollen aber zu nichts anderem dienen, als nur, um den Kapitalisten dieser Länder die Möglichkeit zu einer Offensive gegen die Bergarbeiter zu geben.

Die Auswirkung der deutschen Kohlenlieferung an die Ententeländer zeigt sich bereits in Belgien. Die belgischen Grubenbesitzer konnten sich nur die Frechheit erlauben, ihren Bergarbeitern die Löhne um 10% zu kürzen, weil sie von Deutschland genügend Kohlen erhalten. Der Streik der belgischen Bergarbeiter gegen die Lohnkürzung ist der erste Kampf gegen den Dawes-Plan, gegen die Versklavung des internationalen Bergarbeiterproletariats. Pflicht der Bergarbeiter aller Länder ist es darum, diesen Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die belgischen Grubenherren haben bereits angekündigt, daß sie mit der 10prozentigen Lohnreduzierung, die sie jetzt durchführen wollen, noch nicht zufrieden sind, sondern daß sie in der nächsten Zeit noch um weitere 15% die Löhne kürzen werden.

In Holland, wo in den letzten Jahren eine dauernde Lohnreduzierung durchgeführt wurde, soll jetzt nochmals ein 10prozentiger Lohnabbau erfolgen, und die Arbeitszeit soll um 2 Stunden die Woche erhöht werden. In England und in der Tschechoslowakei steigen die Lebensunterhaltungskosten rapide. Die Grubenbesitzer verweigern aber kategorisch jede Lohnerhöhung. Auf dem Kongreß der englischen Gewerkschaften in Hull hat der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes Cook in seiner Rede mitgeteilt, daß die Not und das Elend unter den englischen Bergarbeitern ungeheuer wächst, daß die Grubenherren die Taxife nicht mehr einhalten, sondern sie zu durchbrechen versuchen.

Alles das zeigt, daß die Bergarbeiter einer schweren Zeit entgegengehen, daß die Kapitalisten alle Mittel anwenden wollen, um die Krise auf Kosten der Bergarbeiterschaft durch Lohnkürzungen und Arbeitsverlängerungen zu überwinden.

Das Durchführen dieser kapitalistischen Pläne bedeutet aber den Hungertod von 100 000 Bergarbeitern, riesige Not und unaussprechliches Elend.

Um dieses zu verhindern, müssen die Bergarbeiter aller Länder unverzüglich alle Maßnahmen treffen.

In erster Linie muß in allen Ländern organisiert werden ein

Kampf gegen den Dawes-Plan.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die in allen Ländern dem Dawes-Plan zugestimmt hat, muß von den breiten Bergarbeitermassen gezwungen werden, den Kampf gegen den Dawes-Plan, gegen die deutschen Kohlenlieferungen aufzunehmen.

Der Kampf gegen den Dawes-Plan ist auch der Kampf gegen die Lohnkürzungen, gegen Arbeitszeitverlängerung, gegen Arbeitslosigkeit.

Das Riesenheer der Arbeitslosen muß beseitigt werden, sie müssen alle in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden. Dies kann nur bei einer Verkürzung der Arbeitszeit geschehen. Darum muß in allen Ländern die Parole der Bergarbeiter sein:

„Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden".

Keine Minute länger darf gearbeitet werden.

Gegen jede Lohnkürzung, gegen jeden Versuch der Lohnkürzung muß internationaler Widerstand organisiert werden. Die Bergarbeiter dürfen sich nicht damit abfinden, daß die Bewirtschaftung der Kohle von kapitalistischen Profitinteressen geleitet wird. Vielmehr, es muß die Forderung der Kohlenbedarfswirtschaft im internationalen Maßstab und dementsprechende Regelung der Arbeitszeit unter Einstellung aller Erwerbslosen und Ausschaltung der kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt gestellt und durchgesetzt werden.

Wird die kapitalistische Konkurrenz ausgeschaltet, dann werden 6 Stunden Arbeitszeit genügen, um den Kohlenbedarf der Welt zu decken.

Alle diese Forderungen sind bereits auch von der Amsterdamer Bergarbeiter-Internationale auf ihrem 26. und 27. Kongreß erhoben worden. Aber für ihre Durchführung ist bisher nichts geschehen. Die Konferenz der revolutionären Bergarbeiter ruft darum allen Bergarbeitern zu:

Duldet nicht, daß die Forderungen auf dem Papier stehen bleiben, zwingt auch die reformistischen Führer, daß sie für diese Forderungen den Kampf organisieren. Die Kapitalisten fürchten sich nicht vor Resolutionen oder radikalen Reden, nur die Macht, die organisierte Macht des Bergarbeiterproletariats kann sie zwingen.

Bergarbeiter aller Länder! Nehmt sofort Stellung zu den Schandplänen der Grubenbesitzer und stellt Eure Forderungen auf. Marschiert auf in gewaltigen Kundgebungen und laßt Eure Stimme ertönen über die Grenzen aller Länder.

Für Verkürzung der Arbeitszeit!

Für Erhöhung der Löhne!

Für Beseitigung der Kohlenlieferung auf Grund des Dawesplanes!

Für Einführung internationaler Kohlenbedarfswirtschaft!

Für Ausschaltung des kapitalistischen Profits!

Für Einstellung aller erwerbslosen Bergarbeiter!

Berlin, den 14. September 1924.

Internationale Konferenz der revolutionären Bergarbeiter:

Chevalier du Travail de Belgique (Ritter der Arbeit, Belgien). Revolutionäre Minderheit der belgischen Bergarbeiter. Unitarische Bergarbeiter-Föderation Frankreichs. Internationaler Allgemeinwirtschaftlicher Verband, Sektion der Bergarbeiter, Tschechoslowakei. Industriegruppe Bergbau, Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands. Revolutionäre Minderheit im Deutschen Bergarbeiterverband. Revolutionäre Minderheit der Bergarbeiter Englands. Revolutionäre Minderheit der Bergarbeiter Polens. Nationales Arbeits-Sekretariat, Föderation der Bergarbeiter Hollands. Allrussischer Bergarbeiter-Verband.

Die Volkspartei fordert die Bürgerblock-Regierung.

Der Vorstand der „Deutschen Volkspartei" hat eine Resolution angenommen, in der sie die sofortige Aufnahme der Deutschnationalen Volkspartei in die Regierung fordert. Es wird darin gesagt, daß die Deutsche Volkspartei nicht den Bürgerblock fordere, sondern die „Volksgemeinschaft", was bedeute, daß die Sozialdemokratie nach wie vor die Regierung als Koalitionspartei ohne Portefeuille unterstützen darf. Als Preis dieser Unterstützung wird eine spätere Einbeziehung der Sozialdemokratie in Aussicht gestellt, wenn sie sich nicht wieder wie unter dem Kabinett Stresemann „den Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung des Reiches und zur Wiederherstellung seiner inneren Ordnung widersetzt." Die Führer der Volksparteiler haben diese Resolution am Donnerstag dem Kanzler überreicht.

Die Bürgerblockregierung soll demnach in Kürze verwirklicht werden. Es wird eine Bürgerfront sein zwecks weiterer wirtschaftlicher Knechtung und politischer Unterdrückung der Arbeiter. Die SPD. wird die Rolle der duldenden Regierungspartei zugedacht. Die heutige Haltung der SPD.-Führer in der Lohn-, Zoll- und Amnestiefrage zeigt, daß sie diese Rolle spielen will. Sind die sozialdemokratischen Arbeiter damit einverstanden? Wollen sie durch stillschweigende Duldung mitverantwortlich werden für die Taten der zukünftigen Bürgerblockregierung, die die Unterstützung ihrer Führer genießt?

Arbeiter von Völkischen erschossen.

[illegible] der Völkischen, die sich mit dem Drucksachenkleben beschäftigte. In der Pause sprachen einige Kommunisten. Sofort stimmten die Arbeiter die Internationale an und verließen den Saal. In diesem Moment wurde von der Bühne aus von den Völkischen geschossen. Drei Arbeiter wurden verwundet, dabei einer durch den Durchschuß tödlich, die beiden anderen erhielten Kopfschüsse. Die Arbeiterschaft verlangte sofort die Verhaftung der Mörder. Die Polizeikommando befehlte sofort den Saal, weigerte sich jedoch, die Mörder zu verhaften. Der eine der Mörder [illegible] der Völkischen [illegible]

Amerika und Japan intervenieren.

Japan hat, wie vorauszusehen, die Maske der Neutralität offen fallen lassen und Tschangsolin, die mandschurische Eisenbahn, zum Truppentransport zur Verfügung gestellt. China soll die Absicht haben, gegen dieses offene aktive militärische Eingreifen Japans gegen die Pekinger Regierung beim Völkerbund Protest einzulegen. Der Völkerbund, der in Genf so schöne Reden geschwungen hat, wird wieder einmal Gelegenheit haben, seine Ohnmacht und Unfähigkeit und das Fehlen selbst des Willens zum Frieden zu bezeugen. Da dieselben imperialistischen Hyänen den Völkerbund bilden, die alle nach dem chinesischen Lande gieren, werden sie mit irgendwelchen diplomatischen Kunststücken den chinesischen Antrag im Völkerbundspapierkorb begraben.

Um Japan nicht allein die Möglichkeit der Intervention zu geben, hat jetzt auch Amerika aktiv eingegriffen. Die Truppen auf der Insel Mare bei Kalifornien haben den Befehl des Abmarsches nach San Diego erhalten. Das Transportschiff „Argonne" muß sich bereit halten.

Die fremden Mächte haben an beide Kriegführenden eine Note gerichtet, in der sie die Beschießung offener Städte und Dörfer mißbilligen (wie lächerlich) und für jeden Tod eines Ausländers oder Zerstörung seiner Güter die betreffende kriegführende Partei verantwortlich machen.

Der Beamtenabbau vor dem Landtag.

Die Landtagsabgeordneten beschäftigten sich mit der Abänderung bezw. Aufhebung der Personalabbauverordnung. Das hatte eine lebhafte Debatte zwischen den Deutschnationalen und den Koalitionsparteien zur Folge, die sich gegenseitig wie der Mönch und der Rabbi den politischen Mißbrauch des Beamtenabbaus vorhielten. Nachdem die Leutchen genug geredet hatten, machten sie durch Stellung von Schlußanträgen die Kritik unserer kommunistischen Genossen unmöglich, die den Sozialdemokraten gehörig die Meinung sagen wollten. Nur die KPD.-Fraktion des Landtages vertrat die Forderung nach Aufhebung des Beamtenabbaus, da der Abbau praktisch nur ein Teil der politischen Verelendung der [illegible] auch die Aktionen [illegible]

Breslau

Der Straßenhandel vor dem Breslauer Stadtparlament.

Fortsetzung des Stadtverordnetenberichts.

Nachdem einige belanglose Anträge erledigt wurden, beschäftigten sich die Stadtverordneten mit zwei Anträgen wegen des Straßenhandels. Vorher bekam unsere Genossin Kupke noch einen Ordnungsruf, weil sie der deutschsozialen Fraktion, die Erwerbslose als Verbrecher beschimpfte, selbst als Verbrecher brandmarkte.

Krebs (D. Vp.), der Direktor des Schutzverbandes der Gewerbetreibenden sagte, daß er sich nicht gegen den Straßenhandel an sich wendet, sondern nur gegen seine Auswüchse und erklärte unter großer Bewegung auf den Stadtratsbänken, daß der Magistrat sogar

Frauen-Bedürfnisanstalten zu Verkaufsstellen für Limonade, Speiseeis, Schokolade, Zigaretten usw.

verpachtet hat. Aus allen Worten Krebs' ging aber hervor, daß er und seine Freunde, die Gewerbetreibenden, nur aus purem Konkurrenzneid den Straßenhandel beseitigt haben wollen. Unser Genosse Moser begründete in seinem Antrag:

Der Magistrat wolle dem Straßenhandel geeignete Straßen und Plätze zur Verfügung stellen,

die Notwendigkeit dieses Antrages und bewies an Zahlenmaterial, daß es Krebs nur darum ankam, den Erwerbslosen, welche sich und ihre Familien durch den Straßenhandel über Wasser halten wollen, jede anständige Verdienstmöglichkeit zu rauben. Genosse Moser bewies, daß die Straßenhändler von der Polizei schlimmer als Verbrecher behandelt werden. Er hob ferner hervor, daß Straßenhändler mehr Ordnungsstrafen bezahlen müssen, als Gewerbetreibende nur Steuern zahlen. Er wunderte sich sehr, daß der Bürgermeister Dr. Herschel so ein weites Herz für die Erwerbslosen hat, wo es darum geht, eine Messehalle zu bauen, daß er und seine Kollegen aus dem Magistrat aber vermissen lassen, wenn es es sich um eine wirkliche Hilfe für die Erwerbslosen handelt.

Die Erwerbslosen läßt die Stadt erbarmungslos untergehen, aber für Veranügungsstätten werden Hunderttausende hinausgeworfen.

Der Stadtrat Cohn verteidigte den Magistrat und empfahl, für beide Anträge eine Kommission zu bilden, was auch beschlossen wurde.

Nachdem dann noch einmal endgültig beschlossen wurde, daß 7 frühere Angestellte der Gräbschener Straßenbahn in städtischen Dienst übernommen werden, gingen die Stadtverordneten auseinander

*

Der „Volkswacht"-Berichterstatter bezeichnet die achte Stadtverordnetenversammlung als Operettentheater. Nach dem Theater, das seine Fraktionsgenossen in der Hundesteuerfrage aufführten, müssen wir ihm in seinem Urteil vollkommen beipflichten.

Ein Urteil über die Breslauer Polizei.

Hans Gathmann in der „Revue":

„Nach Schluß der Versammlung auf der Straße demonstrierte die grüne Polizei ihre Abneigung gegen republikanische Veranstaltungen. Ein paar Fähnchen hatten ihr's angetan, sie brüllten die Knaben, die sie trugen, an, und benahmen sich wie man es bei der Polizei jetzt immer häufiger trifft: roh und flegelhaft."

*

Das schreibt kein Kommunist, sondern ein pazifistischer Republikaner. Die „Volkswacht" und der Darf aber sind mit der Breslauer Polizei und ihrem Präsidenten Kleibömer zufrieden.

Sie sind zufrieden, wenn ihre eigenen Anhänger die Polizeiknüppel ins Genick bekommen.

Knechtsnaturen!

Am 60. Jahrestag der Ersten Internationale.

Am Sonntag, den 28. September, veranstaltet die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Breslau,

eine revolutionäre Gedenkfeier.

Dieselbe findet vormittags 10 Uhr, in den Zentralhallsälen statt und besteht aus einer Gedenkrede, Gesang, Rezitation, Aufführung von lebenden Bildern usw.

Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zu dieser Feier zu erscheinen und Arbeitskollegen und -kolleginnen mitzubringen.

Die Geohrfeigten schreien auf.

Unser Wilhelm-Bild und sein Text ist der „Volkswacht" und ihren Freunden in die Krone gefahren.

Unsere Behauptung daß Sozialdemokraten für die an Hohenzollern bewilligten Gelder verantwortlich sind, ist in den amtlichen Stenogrammen des Preußischen Landtages bewiesen. Der sozialdemokratische Finanzminister Südekum (der „Volkswacht" dürfte er nicht unbekannt sein) hat schon Ende 1918 und 1919

große Geldsummen, Wertgegenstände, Schlösser und Güter, zum Teil sogar solche, die Eigentum des preußischen Staates waren, nicht Privatbesitz,

den Hohenzollern für das „notdürftigste" Leben zur Verfügung gestellt, bis der endgültige Vergleich geschlossen sei. Am 27. Januar 1920 lag der preußischen Staatsregierung, damals war der Sozialdemokrat Hirsch Ministerpräsident und „Genosse" Südekum Finanzminister (jetzt Schloßherr auf Sackerow) dieser Vergleich vor, welcher den Hohenzollern 500 Millionen Goldmark, 82 Paläste, Schlösser, Krongüter, Bilder und Edelmetall, Juwelen usw. zuspricht. Diesen Vergleich lehnte allerdings der Landtag ab, aber nur gezwungen durch die Empörung der werktätigen Bevölkerung.

Doch das wollen die Sozialverräter nicht hören, darum verleumden sie uns und unsere russischen Genossen, daß denen es nicht gelungen ist, allen russischen Bourgeois die Reichtümer abzunehmen, mit denen sie sich jetzt in den Großstädten Deutschlands breit machen. Jawohl, es befinden sich allein 50 000 russisches antibolschewistisches Gesindel in Berlin. Doch Sozialdemokratische Präsidenten, Minister, Stadträte, Wohnungsdezernenten haben diesen Leuten Zuflucht gewährt, während Hunderttausende deutscher Proletarier in Berlin keine Wohnung finden können, in elenden Löchern hausen müssen. Doch den Sozialdemokraten war ja dieser Pack nur zu lieb für ihre antibolschewistische Hetze. Werft sie doch hinaus aus Deutschland. Millionen Wohnungsuchende werden es euch danken. Es genügt nur eine Verfügung des sozialdemokratischen Präsidenten Ebert, ein gehöriger Druck der Sozialdemokratie — aber ihr SPD.-Leute wollt ja nicht.

Nun mag die „Volkswacht" antworten, die Arbeiter sind neugierig auf das Rechtfertigungsgestammel hohenzollernscher Stiefelablecker.

Kundgebung des freigewerkschaftlichen Jugendkartells gegen das Arbeitsdienstjahr!

Gewerkschaftssekretär Schramm gegen das Sachverständigengutachten, gegen den menschewistischen Putsch in Georgien und für die bolschewistische Taktik.

Das freigewerkschaftliche Jugendkartell hatte zu Donnerstag abend in der „Wratislavia" eine öffentliche Protestversammlung gegen das Arbeitsdienstpflichtjahr einberufen. Zu Hunderten fanden sich junge Arbeiter im großen Saale ein.

Als Referent war der Genosse Schramm vom ZDA. gewonnen, der in etwa 1½stündiger Rede sich näher mit der Frage der Arbeitsdienstpflicht befaßte. Sein Referat war mehr eine Vorlesung über die historische Entwicklung der Arbeitsdienstpflicht als eine objektive Betrachtung der heutigen Ursachen dieses für die arbeitende Jugend so verhängnisvollen Planes. Anstatt über das Arbeitsdienstgesetz bei den Malmonen oder bei Jakob den I., II. oder III. zu sprechen, wäre es angebrachter gewesen, wenn der Referent sich mit der objektiven Lage in Deutschland befaßt hätte und an Hand des Sachverständigengutachtens den jugendlichen Arbeitern erklärt hätte, daß die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie, wenn sie den Sachverständigenplan durchführen wollen, tatsächlich das Arbeitsdienstjahr einführen müssen. Mit sachlichem Material zeigte der Referent allerdings die ungeheuren Folgen, die das Dienstjahr für die arbeitende Jugend hat. Nach seinem Referat fühlten Hunderte anwesende jugendliche Arbeiter eine innere Haltlosigkeit, denn was praktisch gegen das Arbeitsdienstjahr getan werden soll, konnten sie vom Referenten nicht erfahren. Außerdem, welcher Arbeiter hat noch den Glauben, daß die SPD.-Führer im entscheidenden Moment nicht doch umfallen und dem Arbeitsdienstgesetz zustimmen werden. Der Sozialdemokrat Silber und der Vorsitzende der SAJ., Ollenhauer, sind bereit, die arbeitende Jugend in die Dienstpflicht einzuspannen, die nach den Worten des Dr. Coutaj die Militärdienstpflicht ersetzen soll.

In der Diskussion sprach als erster ein Genosse der KJ. Dieser junge Arbeiter aus dem Betrieb verstand es, das geschichtliche Referat des Genossen Schramm in die Wirklichkeit zu setzen und zeigte den anwesenden jungen Arbeitern einen praktischen Weg, um gegen die Dienstpflicht vorzugehen. Er sagte, daß dieser Kampf parallel läuft mit dem Kampf gegen die Bourgeoisie und somit der Kampf gegen die deutsche Republik. Seine konkreten Worte ernteten starken Beifall.

Nach ihm sprach der Genosse Nixdorf, der die Frage des Arbeitsdienstjahres als eine Machtfrage charakterisierte und an Hand von historischen und aktuellen Beweisen den Versammelten klarmachte, daß nur der Sturz der heutigen Macht die Ablehnung des Arbeitsdienstgesetzes gewährleistet. Auch er erntete starken Beifall.

In dem Diskussionsredner Stephan von der SAJ. offenbarte sich die typische Haltung dieser Jugendorganisation. Die SAJ. ist bisher in allen entscheidenden Fragen der Jungarbeiterschaft umgefallen. Stephan lehnte ebenfalls das Arbeitsdienstjahr ab, aber mit der Einschränkung, nur im jetzigen Moment. Hier offenbart sich trefflich die Charakterlosigkeit und das Lakaientum der Sozialfaschistischen Arbeiterjugend. Der offizielle Aufruf der SAJ. zum Arbeitsdienstgesetz besagt genau dasselbe, dort steht auch geschrieben daß nur im gegenwärtigen Moment das Arbeitsdienstgesetz abgelehnt werden müsse.

Wir sind der festen Auffassung, daß die SAJ., wenn die Bourgeoisie jetzt daran geht, das Dienstgesetz einzuführen, umfallen wird.

Die nachfolgenden kommunistischen Redner gingen in scharfer, aber sachlicher Weise gegen die SAJ. und gegen das Arbeitsdienstjahr vor. Es sprach noch ein Jungsozialist, so zahm wie ein Lamm, so daß er sich noch einen Rüffel von dem SAJ.er Lehmann gefallen lassen mußte.

Diese ganze Gesellschaft ist sich so unklar, wie im entscheidenden Moment ihre Führer.

Den Höhepunkt des Abends bildete das Schlußwort des Genossen Schramm. Außer vielem Negativen, wie „die Jugend braucht sich nicht um Politik zu kümmern" (aber ausbeuten lassen sollen sie sich), mußte Schramm, durch die sachlichen Ausführungen unserer Diskussionsredner gezwungen, etwas konkreter werden. Dabei sind diesen Sozialdemokraten Worte entschlüpft, die, wenn sie ihm Ernst waren, ihn zum Kommunismus führen müßten. Er führte aus, daß er

Gegner des Sachverständigengutachtens

sei, daß dieses Gutachten leider angenommen wurde, und daß man heute praktisch an die Arbeit gehen müsse, um zu verhindern, daß die proletarischen Schichten noch mehr belastet würden. Durch Zwischenrufe gezwungen, mußte Genosse Schramm (uns wundert, daß er noch in der SPD. ist) gestehen, daß es den

russischen Arbeitern und Bauern gelungen ist, einen großen Teil ihres Kapitalismus zu besiegen, und daß die russischen Arbeiter diese Errungenschaft nur mit der Waffe verteidigen können.

Er füget wörtlich hinzu:

„Wenn wir in Deutschland soweit sind, werden wir es ebenso machen."

Genosse Schramm sagte weiter, daß er sich den

Ausführungen Edo Fimmens in Moskau anschließe

und erklärte die bolschewistische Taktik für richtig, allerdings mit der Einschränkung, nur für Sowjetrußland. Wenn Genosse Schramm die Taktik der Diktatur für ein Land als richtig anerkennt, so muß er konsequenterweise die Diktatur als Uebergangsperiode für alle Länder des Kapitalismus anerkennen.

Den Putsch seiner Parteigenossen in Georgien verurteilte Genosse Schramm aufs entschiedenste.

Er fand es für gut, daß die Putschisten einen auf den Hut bekommen haben.

Das sind wahrlich seltene Worte eines SPD.-Führers. Es gibt in der SPD. doch noch Menschen, bei denen wenigstens die marxistische Theorie noch nicht ganz zu Wasser geworden ist, diese Menschen müssen jedoch, wenn sie ehrlich sind, auf den Weg der proletarischen Revolution und der Kommunistischen Partei kommen.

Eine Resolution, die wir vorn wiedergeben, wurde gegen einige Stimmen angenommen.

*

Der Abend wurde mit dem wuchtigen Gesang der Internationale und mit einem Hoch auf die Weltrevolution geschlossen. Die Demonstration setzte sich auf der Straße fort und als das Reichsbannermitglied Stephan auf der Straße rief: „Ich lebe und sterbe für die Republik!", wurde er sofort von der republikanischen Polizei mit zur Wache geschleppt. Hier braucht er zwar nicht für die Republik zu sterben, sondern nur 15 Mark blechen.

Ueber die Resolution der SAJ. ein andermal.

Aus der Provinz

Die Antwort auf Jarres!

Der Bezirksparteitag Schlesiens hatte eine

Werbekampagne vom 21. September bis zum 26. Oktober

beschlossen.

Die erste Woche vom 21.—27. September sollte der Registrierung der Mitglieder, der Säuberung und Kontrolle des Parteiapparates und der Festigung der Parteiorganisation dienen.

Die zweite Woche vom 28. September bis 5. Oktober gilt der Zurückgewinnung der verloren gegangenen Mitglieder und Abonnenten.

Die dritte Woche gilt der Gewinnung neue Mitglieder und Abonnenten.

Die vierte Woche dient der Landagitation, der Propaganda unter den Kleinbauern und Landarbeitern.

Die fünfte Woche soll eine rote Gewerkschaftswoche sein.

Genossen, Genossinnen!

Wir können die Aufgaben der kommenden vier Werbewochen nur durchführen, wenn wir die Vorbedingungen dazu in innerer Parteiarbeit geschaffen haben. Darum frage sich ein jeder:

Habe ich meine Pflicht getan?

Ist die Registrierung durchgeführt in folgendem:

1. Die Zahl der männlichen Mitglieder?
2. Die Zahl der weiblichen Mitglieder?
3. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder?
4. Bis zu welchem Datum sind die Beiträge bezahlt?
5. Die Zahl der Genossen, die Parteizeitungen lesen?
6. Die Zahl der Genossen, die gewerkschaftlich organisiert sind?
7. Die Zahl der Genossen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind?
8. Die Zahl der Genossen, die erwerbslos sind?
9. Die Zahl der am Ort befindlichen Betriebe?
10. Die Zahl der Betriebszellen am Ort?
11. Die Zahl der kommunistischen Kommunalvertreter?

Genossen, was die Partei von euch verlangt, ist eine Kleinigkeit und Selbstverständlichkeit. Ohne Kenntnis unserer Stärke und der Zusammensetzung unserer Partei können wir keine Aufgaben durchführen, ja nicht einmal uns bestimmte Aufgaben stellen. Darum,

wer seine Pflicht noch nicht erfüllt hat, hole es sofort nach!

Und dann, Genossen, an die Vorbereitung der Werbewoche zur Wiedergewinnung der verlorengegangenen Kämpfer. Nur durch unsere Säumigkeit und Gleichgültigkeit haben uns diese Genossen verlassen. Bei geschickter, energischer und unermüdlicher Propaganda können wir sie alle zurückerobern. Keine Sektenbildung! Kein Prestigetum mit geringen Mitgliederzahlen! Wenn wir zu kämpfen verstehen, müssen wir das Vertrauen der großen proletarischen Massen genießen.

Vom 28. September bis 5. Oktober ist die zweite Werbewoche.

Sie stellt euch keine zu großen Aufgaben.

Jeder Genosse erhält nur 2 bis 3 verloren gegangene Mitglieder oder Abonnenten zur Werbung.

Nicht mehr!

Aber diese zwei bis drei einstigen Mitkämpfer müßt ihr zurückgewinnen. Täglich eine Stunde Bearbeitung, nehmt unsere Zeitung und unsere Broschüren zu Hilfe, die tatsächliche Lage der Arbeiterschaft, wie jeder sie kennt, unter der jeder leidet, zeigt den Bankrott der SPD.-Politik an den tausend Beispielen des täglichen Lebens, weist hin auf Sowjet-Deutschland und Sowjetrußland! Seid weder zaghaft, noch provozierend! Auch der verstockteste, reaktionärste Arbeiter muß überzeugt werden.

Die besten Werber werden prämiiert, die schlechtesten hier in der Arbeiterzeitung ans schwarze Brett genagelt!

Nun ans Werk Genossen!
Auf zum roten Sonntag!
Auf zur roten Woche!

Die Antworten der Proleten auf den Ueberfall des Jungarbeitertages.

Arbeiter blutig geschlagen. —
Wer fragt danach?
Der „Stahlhelm" durch die Stadt gezogen. —
Wer fragt danach?
Wenn man Arbeiter einsperrt? —
Wir fragen danach!

Mit obigen kernigen Worten auf einer mit Polizeiverbot belegten Versammlung die Arbeiterschaft zum Protest gegen den in der Natur geschmückten Versammlungseinladung riefen die Landes-Polizeiüberfall auf.

Der Aufruf fand in den Betrieben viel Anklang.

Der Referent, Genosse Dombrowski-Breslau, geißelte unter stürmischer Zustimmung der Versammlung den Schutzpolizeiüberfall am Sonnabend und zog aus dem Verhalten der Polizei die politischen Konsequenzen. Der Vorfall zeigte — so führte Genosse Dombrowski aus —, was die Herrschenden dem Proletariat fünf Jahre nach der Revolution zu bieten wagen. Das Gesindel, das sich 1918 vor den unter roten Bannern marschierenden Arbeitern ins Mauseloch verkroch, bietet heute die ganze Staatsgewalt auf gegen eine eingerollte rote Fahne. Trotz aller Unterdrückung wird aber das Proletariat siegen, wenn es die Wichtigkeit einer revolutionären Massenpartei und deren Rolle im Klassenkampf erkennt.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Redners sowohl durch den Leiter der Versammlung als auch durch den Genossen Drucksalm ergänzt. Ersterer forderte zum Boykott derjenigen Geschäftsleute auf, die den Ueberfall auf die Arbeiter unterstützt hatten.

Letzterer wies auf die unerhörte Parteilichkeit des Bürgermeisters Feige hin. Hatte es dieser Mann mit dem für ihn so charakteristischen Namen doch gewagt, der Arbeiterschaft mit einem Blutbad zu drohen, falls die Jugend wieder einmal unter einer roten Fahne marschieren sollte.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die das Verhalten des Bürgermeisters und der Polizei auf das Schärfste brandmarkt.

An Eintrittsgeldern wurden 34 Mark vereinnahmt. Außerdem wurden für die „Rote Hilfe" 14,50 Mark gesammelt.

Genossen! Habt Ihr schon jedem Mitglied einen ausgetretenen Genossen für die Zurückgewinnung für Zeitung und Partei zugeteilt.

Betrieb und Werkstatt

Wie Betriebsräte arbeiten müssen.

Aus der Betriebsratssitzung.

Die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung lautet:
1. Stellungnahme zu Massenentlassungen.
2. Verschiedenes.

Vorsitzender: Kollegen, die Firma hat uns mitgeteilt, daß sie den Betrieb teilweise stillegen muß, weil nicht mehr genügend Aufträge hereinkamen. Auf Grund dessen kommen demnächst 120 Kollegen zur Entlassung.

Unsere Anfrage, ob durchaus schon Entlassungen notwendig seien, beseitigt die Firma energisch und lehnte auch unseren Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit ab, weil sie dies nach dem Gesetz nicht notwendig habe. Die Schutzbestimmungen der §§ 12 bis 15 der Verordnung vom 12. 2. 20, nach der, bevor Entlassungen vorgenommen wurden, eine Verkürzung der Arbeitszeit vorgeschrieben war, sind leider durch die **Verordnung vom 13. 10. 23** aufgehoben.

Wir haben trotzdem betont, daß wir mit den Entlassungen nicht einverstanden sein können und hat darauf die Firma den Vertreter des Demobilmachungskommissars gebeten, im Verhandlungswege mit uns und der Firma die kritischen Fragen zu klären.

Solchem wir müssen nun heute alle Argumente besprechen und für die Verhandlung schriftlich niederlegen, die veranlassen können, die Entlassungen zu verhindern oder zumindest erheblich zu beschränken.

Ich bitte den Obmann der Betriebskundekommission zu berichten, was die Verhandlungen im Betriebe erbracht haben.

Obmann: Ich bestätigte auf Grund der mir vorgelegten Aufschreibungen und durch persönliche Umfrage bei den Meistern, daß im Betriebe A noch für zirka 6 Wochen Arbeit vorhanden ist. Die Anfrage meinerseits, ob nicht die Möglichkeit bestehe, noch weiter auf Lager zu arbeiten, wurde von der Betriebsleitung verneint, da die Lagerbestände schon zu hoch wären. Meine Nachprüfung hat ergeben, daß die Lagerbestände nicht höher sind als auch bei sonst besseren Geschäftsgange; ich bitte, das für die Verhandlung vorzumerken.

Des weiteren habe ich gemeinsam mit dem Kollegen K. und den Betriebsräten aus dem noch gut beschäftigten Betriebe B. Rücksprache genommen, wegen eventl. Uebernahme von überschüssigen Arbeitern aus dem Betriebe A. Der Betriebsleiter sagte mir, daß er Arbeit noch genügend habe, doch alle Plätze sind überreich ausgefüllt.

Die Produktion ist im Betriebe B. fast dieselbe wie in A. und beantrage ich, bei den Verhandlungen vorzuschlagen, daß Arbeit von B. nach A. überwiesen wird. Des weiteren ist es möglich, eine erhebliche Zahl schadhafter Maschinen aus dem Betriebe A. während der flauen Zeit in Reparatur zu geben, so daß dadurch eine ganze Anzahl Kollegen beschäftigt werden können. Aus all diesen Gründen glaube ich zu dem Schluß zu kommen, daß A heute gar nicht, oder nur wenige zur Entlassung kommen dürfen.

Vorsitzender: Der eben gehörte Bericht gibt uns die Möglichkeit, die vorgebrachten Argumente nutzbringend in den Verhandlungen zu verwenden. Hat sonst noch jemand zu diesem Punkte Ausführungen zu machen?

Ja, bitte! —

Kollege A.: In meiner Abteilung stehen ebenfalls Kollegen zur Entlassung, ich sehe aber keinen auf der vorgelegten Liste aufgeführt. Kann der Vorsitzende darüber Aufschluß geben?

Vorsitzender: Außer den gemeldeten 120 Kollegen sind mir weitere Entlassungsfälle nicht bekannt. Es ist aber möglich, daß die Firma weitere Entlassungen angeordnet hat, von denen sie annimmt, die Anzeigepflicht nicht nötig zu haben.

Nach dem Gesetz (Stillegungs-Verordnung vom 8. November 1920) ist erforderlich, daß **Betriebsanlagen** ganz oder teilweise **nicht benutzt** werden.

Sind also, Kollegen, wie in deiner Lager-Abteilung, nicht an Maschinen oder Schraubstöcken beschäftigt und kommen zur Entlassung, können wir sie leider nicht schützen. Für diese Kollegen können wir höchstens den § 84 des BRG. Abs. 4 (unbillige Härte) anziehen.

Zum Punkt Verschiedenes; hat jemand etwas vorzubringen?

Ja, hier!

Kollege B.: Ich habe über einen Unfall zu berichten, der glücklicherweise nicht zur vollen Katastrophe führte. Der Dreher Z. in Abteilung 2 durch den Treibriemen seiner Maschine erfaßt, ist erheblich am Arm verletzt worden. Dem Kollegen kann keine Schuld zugemessen werden, denn die Firma hat trotz mehrmaliger Anträge unseresseits versäumt, die Schutzvorrichtungen anzubringen.

Ich beantrage, daß der Betriebsrat den Fall dementsprechend protokolliert, um bei etwaigen Schadenersatzansprüchen den Kollegen unterstützen zu können.

Vorsitzender: Der Antrag ist selbstverständlich angenommen. Des weiteren ersuche ich die Kollegen in den Abteilungen, die Maschinen auf Schutzvorrichtungen hin zu prüfen. Wir sind letzten Endes als Betriebsrat für Unfälle mit verantwortlich, wenn wir hier unsere Pflicht versäumen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Aus „Arbeiterrat" Nr. 13.)

Die Rundfrage.

Als eine der besten Mittel, über die Lage in den Betrieben, Gewerkschaften usw. unterrichtet zu sein, um die an jedem Ort gemachten Erfahrungen zu sammeln und allgemein verwerten zu können, erweist sich die Rundfrage (Enquete). Jede Ortsgruppe, Bezirksleitung sollte von diesem Mittel Gebrauch machen. Im „Parteiarbeiter" hat die Zentrale vor einiger Zeit der Parteimitgliedschaft einige Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Die darauf eingelaufenen Antworten ergaben ein so reichhaltiges Erfahrungsmaterial, daß ein Teil dieser Arbeiterberichte nächstens in einer Broschüre gesammelt und herausgegeben werden soll. Inzwischen fordern wir jedes Parteimitglied im Betrieb auf, weiter kurze Antworten auf diese Fragen zu schreiben. Die jetzt zu beantwortenden Fragen heißen:

1. **Wie ist meine Betriebszelle innerlich organisiert, und wie arbeitet sie? (Bei Eisenbahn, Post, Telegraphie, Gaswerk, E.-Werk, Metallindustrie, Bergbau, Werft, Hafen, Baugewerbe, Warenhaus usw.)**
2. **Wie führe ich die Kassierung der Parteibeiträge im Betriebe durch?**
3. **Wie organisiere ich den Vertrieb der Betriebszeitung, der Parteizeitung und der Literatur im Betriebe?**
4. **Wie arbeitet der Gegner im Betrieb? (Werkspolizei, Sozialdemokraten, Völkische.)**

(Die Namen der Artikelschreiber werden nicht veröffentlicht.)

Wir ersuchen alle Parteigenossen, sich an der Beantwortung einer dieser von der Zentrale gestellten Fragen zu beteiligen und die Antwort durch die Bezirksleitung an die Parteizentrale leiten zu lassen.

Orbüro der Zentrale (Zelle).

Ein besoffener Vorarbeiter schikaniert Arbeiter.

Skandalöse Zustände herrschen bei den Arbeiten des Chausseehauses Ohlau-Zedlitz. Die Vorarbeiter behandeln die dort beschäftigten Arbeiter wie Sklaven. Einer von diesen getreuen Hunden (Vorarbeiter) eines profitjagenden Bauunternehmers schickte zum Beispiel einmal einen Arbeiter nach Ohlau, um Schnaps zu holen. Der Vorarbeiter besoff sich dann und mußte von den Arbeitern nach Hause getragen werden. Wenn diese Fronvögte nicht grün sind, wird solange geärgert, bis er von selbst von der Arbeit wegläuft. Ja, man brachte es

Die Lebensmittel steigen!
Die Löhne fallen!
Arbeiter wehrt Euch!

sogar fertig, einen alten verheirateten Mann, der sich für ein paar Groschen schinden mußte, um die Familie zu erhalten, ohne weiteres zu entlassen.

Chausseearbeiter, laßt euch solche Behandlung nicht gefallen, macht Schluß mit euren Antreibern! Kämpft für menschenwürdige Löhne!

Die Konfektionsarbeiter wehren sich!

Eine gewerkschaftliche öffentliche Damenkonfektionsversammlung am 22. September nahm Stellung zu den Lohnabzügen in der Damenkonfektion. Kollege Baat geißelte in scharfen Worten das Vorgehen der Arbeitgeber, daß es ausgeschlossen ist bei den jetzt bestehenden Hungerlöhnen und steigenden Lebensmittelpreisen noch daran zu denken Lohnabzüge vorzunehmen. Wenn die Damenkonfektionsarbeiterschaft nicht geschlossen gegen solche skrupellose Handlungsweise der Fabrikanten aufsteht und sich dagegen zur Wehr setzt, so wird der weiteren Ausbeutung Tür und Tor geöffnet. Wir müssen protestieren gegen den tariflosen Zustand und die Forderung der Schaffung eines Tarifvertrages erheben. Heute werden die Arbeiterlöhne von den Arbeitgebern diktiert. Die Folge davon ist die verschiedene Entlohnung in den einzelnen Geschäften. Die weitere Folge ist der Tiefstand der Löhne der Arbeiterinnen

mit 16—27 Pfg. pro Stunde bei einer Arbeitszeit bis zu 16 Stunden täglich.

Die heutigen Zustände spotten jeder Beschreibung und sind dazu angetan die Volksgesundheit gänzlich zu untergraben. Es ist deshalb notwendig um dem Verlangen der Arbeitgeber mit Nachdruck entgegen treten zu können, den Zusammenschluß der Damenkonfektionsarbeiterschaft herbeizuführen. Der Kampf gegen den Abbau der Löhne, für den Tarifvertrag bedinge eine gewaltige Arbeit. Den 30 Fabrikanten stehen zirka 4000 Arbeiterinnen gegenüber, welche zur Einmütigkeit und Entschlossenheit erzogen werden müssen. Es habe gar keinen Sinn und keinen Zweck zu hoffen, daß es von selbst wieder besser werden wird. Die Damenmäntelfabrikanten sind dafür bekannt, daß sie nur für ihre Tasche sorgen. Sie werden weiter, wenn sich die Arbeiterschaft nicht aufrafft, versuchen die Löhne abzubauen. Deshalb sei engster Zusammenschluß der Meister und Arbeiter geboten. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am 22. September 9124 stattgefundene Damenkonfektionsversammlung protestiert gegen die ungeheuerlichen Lohnabzüge, welche von den Mäntelfabrikanten in einer geradezu schamlosen Weise vorgenommen sind. Die Versammlung ist der Auffassung, daß die Fabrikanten kein Recht dazu besitzen einen derartigen Eingriff in die Lebenslage Tausender von Arbeiterinnen zu begehen. Sie verlangt von den Fabrikanten die Zurücknahme ihrer Gewaltmaßnahmen, die als ein Volksbetrug allergrößten Stils bezeichnet werden muß. Die Versammlung ist gewillt, alles daran zu setzen, nicht allein die alten Löhne wieder zu erreichen, sondern auch, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach einem Tarifvertrag zu regeln sind. Oberstes Gesetz für die Arbeiterschaft ist: restlose Organisierung aller Berufsangehörigen zur Erreichung des gesteckten Zieles.

In der Aussprache erklärt Rose, daß wir in der Damenkonfektion noch größere Saisonarbeiter geworden sind als wie die Bauarbeiter und infolgedessen Anspruch auf Lohnaufbau und nicht Lohnabbau haben.

Bericht aus dem Direktionszimmer.

In der Betriebszellenzeitung der Deutschen Werft, Finkenwärder-Hamburg, finden wir unter einer entsprechenden Karikatur folgenden amüsanten Bericht:

Direktor: Meine Herren! Es ist doch wirklich ein Skandal. So kann es auf keinen Fall weiter gehen. Da muß unbedingt etwas dagegen getan werden.

Die Herren (wackeln mit den Köpfen): Jawohl, da muß unbedingt etwas dagegen getan werden.

Direktor: Haben Sie schon die neueste Nummer dieses Hetzblattes gesehen?

1. Herr Dr.: Habe geglaubt, die Zeitung würde nicht mehr erscheinen, nachdem wir es uns haben soviel kosten lassen.

2. Herr Dr.: Der Betriebsrat ist auch höchst unzuverlässig. Kommunisten dürfen überhaupt nicht als Betriebsräte anerkannt werden.

Direktor: So kann es auf keinen Fall weiter gehen. Da muß unbedingt etwas getan werden. Noch einige neue Zeitungen und unsere Leute haben keine Ehrfurcht mehr vor ihren Vorgesetzten. Ich werde ihnen einige Hetzartikel vorlesen. (Liest vor.)

Die Herren (wackeln mit den Köpfen): Unglaublich! Soll man nicht für möglich halten! Die Polizei muß einschreiten! Her mit der Sipo!

Direktor (aufhörend mit Lesen, blickt verzweifelt um sich): Es wird beschlossen, mit staatlichen Mitteln gegen die „Rote Fahne" vorzugehen.

Sitzungsschluß.

Nach einer Stunde erscheint ein Kriminalkommissar und schwerbewaffnete Sipo. Nach eingehender Besprechung wird dem Kommissar der ehrenwerte Auftrag erteilt, den Redakteur der „Roten Fahne" der „Deutschen Werft" ausfindig zu machen.

Der Kommissar: Meine Herren! Sie dürfen versichert sein, wir kriegen ihn schon. Ist es doch sogar gelungen, den uns völlig unbekannten Haarmann in sehr kurzer Zeit (in fünf Jahren. D. R.) zu fassen.

Hihi, haha, hihi, haha!
Was ist denn los? Wer lacht denn da?
Ich denk', ich glaub', ich mein', das ist
So'n niederträchtiger Spartakist!
Grad flitzt er um die Ecke!

Erst anständige Löhne, dann Beitragserhöhung.

Am vergangenen Dienstag fand eine Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Breslau, statt, in welcher über das Londoner Abkommen, Beitragsfragen, Tarifverhandlungen, gesprochen wurden. Für das erste Referat hat sich die Breslauer Zahlstelle den Wanderredner Dr. Hamburger verschrieben. Wir haben bereits vor einiger Zeit in dem Bericht über die letzte Waldenburger Kartellsitzung, das Referat dieses reformistischen Regierungsrates zerpflückt, so daß ein weiteres Eingehen sich erübrigt.

Weiter verlangten die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten eine Beitragserhöhung, die von den Holzarbeitern abgelehnt wurde mit der Begründung, **die Verbandsleitung solle erst einmal für anständige Löhne sorgen.** Einer kleinen Erhöhung des Lokalbeitrages von 5 auf 10 Pfg. stimmte man aber zu.

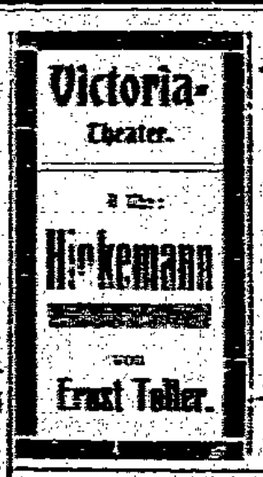
Verantwortlich für den gesamten Text: Rudolf Belke, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau; Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Filiale Breslau.

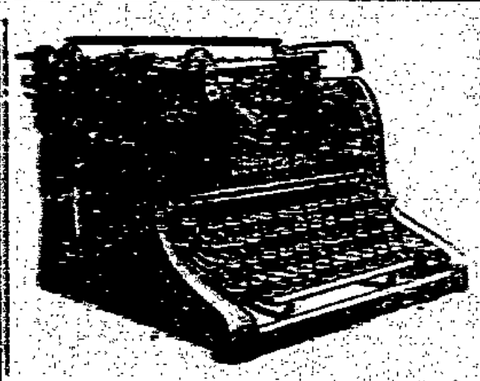
Theater

Sonnabend, 27. 9. 1924:
Stadttheater (Oper)
Lobetheater „Weiber vom lustigen Fenster"
Thaliatheater „Lumpen Nacht"
Schauspielhaus „Der süße Kavalier"
Liebich-Theater Bar eines Lebens

Schauspielhaus
Opernstraße
Tel. Ring 1545.
Sonnabend 3 Uhr
Zum 1. Male:
„Der süße Kavalier"
Sonntag nachm. 3½:
„Katja, die Tänzerin."

Leihweise eigene
Frack- und Smoking-Anzüge
H. Mohaupt
Karlstr. 1, I. Tel. R. 1301, jetzt Albrechtstr.





Schreibmaschine Deutschland
mit Zweifarbband
erstklassig!
Bequeme Teilzahlung
(ganz geringe Anzahlung).
Verlangen Sie Prospekt Nr. 272.
J. Max Koch, Neustadt (Orla).

Genossen! Sammelt eifrig Inserenten!

Erfolgversprechend
ist ein Inserat nur in der Zeitung der schlesischen Arbeiter, der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
Verlangen Sie Vertreterbesuch durch Fernruf Breslau, Ring 8827.

Versammlungskalender

Breslau. Arbeiterrat. Sonnabend, den 27. September abends pünktlich 7 Uhr Gesamtsitzung.

[illegible] Sonnabend, 27. September, abends 7 Uhr Zedlitzer Straße. Probe, Sprechchor usw. Sonntag, den 28. September, vormittags 9 Uhr [illegible] Turnerheim Bergstraße.

Mauna, den 29. September, abends 7½ Uhr, [illegible] Versammlung in den Hafe [illegible]

Bezirk Nord. Dienstag, den 30. September, abends 7½ Uhr, bei Kaiser Wilhelmstraße 3, Vortrag. Jeder Genosse hat zu erscheinen.

Gesellschaftl. Chor. Der für Sonnabend angesetzte gesellige Chor fällt aus. Die Probe findet am Sonntag vormittag, Punkt 11 Uhr, im bekannten Lokal statt.

Ortsgruppe Langenbielau, Friedland, Gierdorf. Sonntag, den 28. September, vormittags 9 Uhr [illegible] Mitgliederversammlung in Gärtner's Lokal „Zum lustigen Fritz". Jeder Mitglied hat unbedingt zu erscheinen.

Jerg. Sonntag, den 28. September, abends 7 Uhr, im „Schützenhause", kleiner Saal, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Bericht vom Bezirksparteitag usw.

Amtliche Bekanntmachungen von Rieder-Hermsdorf.

In der Menz'schen Mordsache ist die dem Ermordeten gehörige Mütze bisher nicht aufgefunden worden. Der Finder derselben wird aufgefordert, dieselbe in der hiesigen Polizeiwache abzuliefern und dabei anzugeben, wo und unter welchen Verhältnissen er dieselbe gefunden hat. Es handelt sich eine weiche, graumelierte mit Ledereinfassung.

Rieder-Hermsdorf, 24. Septb. 1924.
bei Waldenburg i. Schl.

Der Amtsvorsteher.

Bei der am 1. September 1924 stattgefundenen Ziegenbocktörung sind für die hiesige Gemeinde bei nachstehenden Besitzern Böcke angekört worden: 1. Franke, Eduard, Kesselheizer, Hütte Oststraße 4, 2 Stück, weiß; 2. Wenschauer, Karl, Bergbauer, Westend 10, 2 Stück, weiß und grauweiß; 3. Schmidt, Franz, Bauer, Hütte Weststraße 2, weiß; 4. Demrith, Gotthard, Bergbauer, Felsenweg 5, rehbraun; 5. Marx, Konstantin, Gutsbesitzer, Obere Hauptstraße 14, weiß. Den Besitzern von Ziegen bringe ich dies mit dem Bemerken zur Kenntnis, daß Ziegen nur bei angekörten Böcken gedeckt werden dürfen.

Rieder-Hermsdorf, 22. Septb. 1924.
bei Waldenburg i. Schl. 1044

Der Amtsvorsteher.

Amtliche Bekanntmachungen von Weißstein.

Ausgabe der Brot- und Milchverfügungskarten erfolgt am

Montag, den 29. September 1924, vormittags von 9—10 Uhr

im Sitzungssaale des hiesigen Amtsgebäudes.

Ausweise sind mitzubringen.

Weißstein, den 25. September 1924.

Der Gemeindevorsteher.
B. Hertwig. 1045

Auf die durch Kreisblattverfügung vom 18. September 1924, Seite 233 angeordnete Hundesperre weise ich hiermit hin.

Der Amtsbezirk Weißstein ist Sperrgebiet. Aufhebung der Sperre nicht vor Ablauf von 3 Monaten.

Die Polizei-Ex.-Beamten sind ermächtigt, jeden frei umherlaufenden Hund sofort an Ort und Stelle zu töten. 1046

Weißstein, den 24. September 1924.

Der Amtsvorsteher.
B. Hertwig.

Die Gründung der Ersten Internationale.

Von N. Rjasanow.

Es vergingen mehr als zehn Jahre nach der Niederlage der Revolution von 1848, die die Unterdrückung aller Bewegungen der werktätigen Massen auf dem Kontingent und in England zur Folge hatte, bis der neue Aufschwung der Arbeiterbewegung begann, der auf seinen steigenden Wellen die Internationale Arbeiterassoziation emporbrachte. In diesem Jahrzehnt der politischen Reaktion und der bis dahin beispiellosen ökonomischen Prosperität, die durch den Krimkrieg kaum aufgehalten wurde, und alle europäischen Länder, Rußland nicht ausgenommen, ergriff, wuchs eine neue Generation auf, die erst durch die weltumfassende Krise von 1857 bis 1858 aus ihrem politischen Indifferentismus geweckt wurde. Der politische Umschwung, der seit 1859 eintrat und eine Reihe von nationalen und politischen Fragen, die noch vor der 1848er Revolution gestellt wurden und ungelöst geblieben waren, wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat, erfüllte überall die demokratische Bewegung mit neuem Leben. Und seit 1859 wurden in Nordamerika die Aufhebung der Sklaverei und in Rußland die Aufhebung der Leibeigenschaft praktische Tagesfragen.

Die englische Arbeiterbewegung der fünfziger und sechziger Jahre.

In England, wo der Chartismus nach dem mißlungenen Versuch von Ernest Jones, ihm den Charakter einer Klassenbewegung zu geben, im Jahre 1858 sein letztes Organ verlor und als eine einheitliche politische Organisation zu existieren aufhörte, zersplitterte sich die Arbeiterbewegung vollständig. Ihre alte Tendenz, an der auch der Chartismus immer litt, sich in einzelne Teilbewegungen mit verschiedenen Zielen auszulösen und verschiedene Organisationen, die miteinander konkurrierten, für gleiche Ziele zu schaffen, bekam wieder die Oberhand. Jede Spur der einheitlichen Arbeiterbewegung mit einer einheitlichen Leitung verschwand.

Am günstigsten waren die politischen Verhältnisse für die Entwicklung der Formen der Arbeiterbewegung, die auf keine direkte Gegnerschaft der herrschenden Reaktion stießen und die Mitwirkung der bürgerlichen Philantropen genossen. Mit den redlichen Pionieren von Rochdale an der Spitze haben die Kooperativgenossenschaften in den fünfziger Jahren einen festen Boden gewonnen und die führende Rolle unter den damaligen Formen der Betätigung der Arbeiterklasse eingenommen.

Nur für die Gewerkschaftsbewegung waren die fünfziger Jahre nicht sehr günstig. Mit einigen Ausnahmen konnten sich die Gewerkschaften nur mit Mühe durchschlagen. Das Uebergewicht bekamen die Tendenzen, die jede politische Aktion als ein störendes Element betrachteten.

Die Situation änderte sich aber mit einem Schlage nach der Krise von 1857. „Die Aera der Streiks" — sagen die Webbs — „die im Jahre 1857 mit dem Rückgang der Geschäfte ihren Anfang nahm, bewies, wie trügerisch diese Hoffnungen gewesen waren".

Der wichtigste Streik dieser Periode war aber der Streik im Londoner Baugewerbe.

Die gesamten englischen Gewerkschaften nahmen sich der Londoner Bauarbeiter an. Während eines halben Jahres (vom 21. Juli 1859 bis zum 6. Februar 1860) hielt dieser Streik die englische Arbeiterklasse in Atem. Ihre Vertreter und Mitglieder des Komitees, das von Delegierten verschiedener Gewerbe gebildet worden war — insbesondere G. Odger, der künftige Vorsitzende, und W. R. Cremer, der Sekretär des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation — setzten in den Versammlungen die Forderungen der Arbeiter auseinander. „Ist die politische Oekonomie gegen uns" — rief auf einer Versammlung in Hyde Park Cremer aus — dann treten wir gegen sie auf." Der ganze Kampf wurde als Kampf der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse gegen die politische Oekonomie der kapitalistischen Klassen aufgefaßt.

Der erste Bauarbeiterstreik endete mit einem Kompromiß. Die Arbeiter gaben ihre Hauptforderung vorläufig auf. Trotzdem bildet dieser Streik einen Wendepunkt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Der Kampf um das Koalitionsrecht riß auch die friedlichst gesinnten Gewerkschaften mit. Aus den Trade Committees, die sich während dieses Streiks bildeten, um die Sammlungen zu organisieren, gingen in vielen Orten die Trades Councils hervor, unter anderen der Londoner (Juli 1860), die von nun an die Aufgabe auf sich nahmen, die gemeinsamen Interessen der Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten zu verteidigen.

Und als der folgende große Bauarbeiterstreik im Frühling 1861 ausgebrochen war, standen von Anfang an hinter den Bauarbeitern alle Londoner Gewerkschaften. Die neugebildete Londoner Trade Council bot alle seine Kräfte auf, um die Forderungen der Bauarbeiter zu unterstützen. Er war es, der die gesamte Aktion gegen die Verwendung des Militärs als Streikbrecher arrangierte. In die Deputation, die gemäß dem Beschluß einer von der Trade Council veranstalteten Delegiertenversammlung aller Londoner Gewerkschaften an die Regierung gesandt wurde, wurden gewählt: E. Coulson, W. Cremer, G. Howell, Henry Martin, John Hieaß, G. Odger — alle Mitglieder des künftigen Generalrates der Internationale.

Der zweite Streik brachte den Bauarbeitern nicht nur die Sicherung ihres Koalitionsrechtes wie der erste, sondern auch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Es wurde ein Normalarbeitstag von neuneinhalb Stunden festgelegt.

Aber die Streikbewegung der Jahre 1859 bis 1861 zeitigte außer einem engeren Zusammenschluß der lokalen Gewerkschaften und dem Erwachen der Klassensolidarität innerhalb der englischen Arbeiterklasse noch eine andere wichtige Folge. Die Unternehmer, die sich in ihrem Widerstand gegen die Trades Unions immer auf die ausländische Konkurrenz beriefen, drohten jetzt mit Import ausländischer billiger Arbeitskräfte. Diese Drohung war, wie die zunehmende Konkurrenz der deutschen Arbeiter in der Bäckerei und Schneiderei zeigte, keine leere. Der Kampf um gleiche Arbeitsbedingungen mußte auf den Kontinent übertragen werden. Somit wurde die internationale Propaganda der gewerkschaftlichen Vereinigung eine Lebensnotwendigkeit für die englischen Arbeiter, und in ihren Kreisen entstand das Bedürfnis Beziehungen mit kontinentalen Arbeitern insbesondere mit den französischen, belgischen und deutschen anzuknüpfen.

Das beste Mittel dazu boten die Vertreter der verschiedenen Flüchtlinge, die ihren Sitz in London hatten. Das Zentrum der proletarischen Emigration war jetzt, nachdem die meisten französischen Arbeiter nach Amerika auswanderten oder nach den Amnestien von 1856 nach Frankreich zurückgekehrt waren, der „Kommunistische Arbeiterbildungsverein", dessen Mitglieder sich hauptsächlich aus Handwerkern (Schneider, Maler, Uhrmacher) rekrutierten und die Eccarius und Lehner, beide Mitglieder des alten „Bundes der Kommunisten", auch in der englischen Gewerkschaft tätig waren.

Bald bot sich auch die Gelegenheit, mit Hilfe verschiedener Emigranten in unmittelbare Beziehungen zu den kontinentalen Arbeitern zu treten. Im Mai 1862 wurde in London die dritte internationale Ausstellung eröffnet, zu der auch Arbeiterdelegationen verschiedener Länder erschienen. Die zahlreichste war die französische.

Internationale der Tat.

Es ist einer der größten Zwecke der Association, daß die Arbeiter verschiedener Länder sich nicht allein wie Brüder fühlen, sondern auch als vereinte Teile der Befreiungsarmee zu handeln wissen.

(Aus der von Karl Marx verfaßten Denkschrift für den Genfer Kongreß 1866.)

Französische Arbeit in England.

Nirgends lastete die Niederlage der 1848er Revolution so schwer auf dem Proletariat wie in Frankreich. Die Regierung des Staatsstreiches unterdrückte schonungslos jede selbständige Regung der Arbeiterklasse. Hand in Hand mit verschiedenen Polizeimaßregeln und Verboten gingen auch Versuche des Kaiserreiches, durch Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter, durch eine Art von „Imperialsozialismus", die Arbeiter mit dem neuen Regime zu versöhnen.

Aber ebenso wie in England brachte die Krise von 1857 bis 1858 auch in Frankreich den Umschwung. Sie machte allen Illusionen des „Imperialsozialismus" ein jähes Ende. Gleich nach der Krise beginnt trotz des Koalitionsverbotes eine Streikbewegung, um die alten Löhne zu verteidigen. Die Aufregung in der Arbeiterbevölkerung war sehr groß. Der italienische Krieg, der gegen die Wünsche des Klerus unternommen wurde, um der Unzufriedenheit innerhalb des Landes einen Ausweg zu geben, rief in der Arbeiterbevölkerung eine Begeisterung hervor, die sich in einen Sturm der Entrüstung verwandelte, als die Bedingungen des Friedens von Villafranca bekannt wurden. Es war jetzt klar, daß es keinen Rückzug mehr gibt. Andererseits war es ebenso klar, daß die weitere Entwicklung der italienischen Frage die Unzufriedenheit des Klerus noch mehr steigern werde. Ein Gegengewicht konnten nur die Arbeiterklasse, die freiheitlich gesinnte Bourgeoisie und das Kleinbürgertum bilden. Daher die ersten Schritte auf dem Wege zu einem „liberalen Kaisertum" („empire liberal") und eine neue Annäherung an England, die ihren Ausdruck in dem Handelsvertrag von 1860 fand.

Unter den Pariser Arbeitern war noch eine andere Gruppe, meistens Anhänger von Proudhon, die geneigt waren, nur unter bestimmten Bedingungen an der Delegation zur Londoner Internationalen Ausstellung teilzunehmen. An der Spitze dieser Gruppe stand Tolain. Es ist ihr gelungen, die Wahlen der Delegierten durch die Arbeiter selbst durchzusetzen.

Die Verbindungen zwischen den englischen und französischen Arbeitern, die während des Besuches der Delegation angeknüpft wurden, wären aber bald gelöst worden, wenn nicht zwei Ereignisse — Cotto Famine (Baumwollnot) und der polnische Aufstand — auf beiden Seiten des Kanals parallele Bewegungen hervorgerufen hätten.

Die Baumwollnot, eine Folge des Bürgerkrieges in Nordamerika, wurde in den Jahren 1862 und 1863 sehr akut. Die Lage der Arbeiter in Lancashire war schrecklich. Und nicht besser erging es den französischen Textilarbeitern.

Beinahe gleichzeitig wurde in London ein Arbeiterkomitee mit Odgar und Cremer an der Spitze, und in Paris mit Tolain, Perrachon, Kin und anderen als Hauptführer gebildet, um Sammlungen für die notleidenden Arbeiter zu organisieren.

Ebenso parallel ging die Aktion zugunsten der aufständischen Polen. Die englischen Arbeiter, die trotz der durch den nordamerikanischen Bürgerkrieg verursachten Leiden in großen Versammlungen eine energische Kampagne gegen die Regierung führten, die geneigt war, sich auf die Seite der Sklavenhalter zu stellen, haben auch in einer Reihe von Versammlungen ihren Sympathien für den Anfang 1863 ausgebrochenen polnischen Aufstand Ausdruck gegeben und alle Anstrengungen gemacht, um auf die Regierung in polenfreundlichem Sinne einen Druck auszuüben. Eine von den Versammlungen in St. James Hall (unter dem Vorsitz von Professor Beesly am 28. April 1863) gewählte Delegation wurde von Palmerston empfangen, bekam aber eine ausweichende Antwort. Um den Druck auf die Regierung zu verstärken, entschloß man sich, eine neue Versammlung zu veranstalten, diesmal unter Teilnahme der Vertreter der französischen Arbeiter.

Tolain und seine Freunde nahmen die Einladung der englischen Arbeiter an. Die Versammlung wurde am 22. Juli 1863 in St. James Hall abgehalten. Für die englischen Arbeiter sprachen Cremer, der die ganze auswärtige Politik Palmerstons einer scharfen Kritik unterzog, und Odger, der zum Krieg gegen Rußland aufforderte. In dem gleichen Sinne sprach Tolain, der die Leiden der Polen in beredtester Weise schilderte und die Notwendigkeit, der russischen Barbarei einen Damm entgegenzustellen, betonte.

Gleich nach der Versammlung fanden zwischen den englischen und französischen Arbeitern Unterredungen statt, in denen man die Notwendigkeit einer engeren und dauernden Verbindung erörterte.

Und jetzt war es der Londoner Trade Council, der als bevollmächtigter Vertreter der Londoner Arbeiter die Initiative aufnahm. Am 23. Juli veranstaltete er den französischen Arbeitern einen festlichen Empfang. Sein Sekretär Odger begrüßte die französischen Arbeiter und sprach die Hoffnung aus, daß der Tag nicht fern sei, an dem die Arbeiter aller Länder sich zusammenschließen werden, um der Freiheit und dem allgemeinen Wohlstand den Platz abzutreten. Anwesend war noch eine polnische Delegation. Ein deutscher Arbeiter, Weber, setzte in seiner Rede die guten Wirkungen einer Kooperation zwischen den Arbeitern verschiedener Länder auseinander.

(Schluß folgt.)

Verschwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kaniowski.
Aus dem Polnischen übersetzt von St. Kubicki.

9]

„Ihr verfluchten Weiber", brummte jemand, weshalb nehmt ihr denn Kinder, wenn ihr nichts zu fressen habt?"

„Lieber Herr! was soll man tun! Sagt doch selbst: die Steuer muß man doch bezahlen, den Popen auch, essen muß man auch und wenn man kein Saatkorn hat, woher soll man es nehmen? Was soll man tun! Die Bezahlung ist mieß, aber schließlich bleibt hier und da ein, zwei Groschen übrig. Und wenn das kleine Engelchen doch sterben soll, der liebe Gott findet es überall."

Der wüstete Traum muß verblassen vor der Wirklichkeit. Das Saatkorn fehlt, wie soll man da keine Kinder nehmen, die Hungers sterben müssen. Dabei sah die Alte ganz sympathisch aus, ich bin überzeugt, daß sie ein reines Taubenherz besaß.

In Moskau suchte sich sofort Popoff auf unter der angegebenen Adresse.

Nach langem Hin und Her ließ mich schließlich die alte Köchin in die Wohnung. In dem Zimmer, welches ich nun betrat, fand ich einen Menschen, der nervös hin und herlief; er hatte eine gelbe Gesichtshaut und trübe Augen, deren Blick mir abwesend erschien. Als ich ihn bat, unter vier Augen sprechen zu können, wurde er blaß und murmelte irgend etwas, was ich nicht verstehen konnte. Mit Mühe gelang es mir ihn so weit zu bringen, daß er verstand ich käme von Nietschajeff.

Popoff wurde wütend.

„Was will er denn von mir? Was will er von uns? Unsere Lage ist klar; jeden Augenblick können wir verhaftet werden. An eine Flucht ist gar nicht zu denken. Haben Sie nichts bemerkt auf der Straße vorm Haus?"

„Vorm Haus war alles ruhig."

„Kann man denn nirgends einen Paß bekommen? Er hat sich hier so mit seinen Beziehungen gebrüstet! An die Pässe hätte er wenigstens denken können. Wir haben hier eine schwache Hoffnung in zwei Tagen. Aber werden wir die zwei Tage noch erleben?

„Ha, man denn die Leiche wirklich gefunden?"

Popoff wurde blaß.

„Auch das hat er Ihnen erzählt? Wie konnte er nur!"

Er begann mich aufmerksam zu betrachten.

„Was meinen Sie? Kann Nietschajeff ein Spitzel sein?"

Ich mußte laut auflachen.

„Man kann's nicht wissen!" erwiderte er. „In unserem Land ist alles möglich! Alles! Woher können sie denn wissen, daß ich nicht von der Polizei Geld nehme. Worauf kann man hier überhaupt bauen?"

Mit diesem Menschen konnte man sich schwer verständigen. Er befand sich im Zustande einer totalen Auflösung.

Ich fragte nach der Wohnung Uspienskis. Es zeigte sich, daß man ihn am sichersten in einer Buchhandlung antreffen konnte; ich begab mich dorthin, mit Popoff wollte ich mich in einem Restaurant treffen.

Uspienski machte von vornherein einen großen Eindruck auf mich. Er war ein ernster, in sich geordneter Mensch.

Als ich ihm Nietschajeffs Worte mitgeteilt hatte, sagte er: „Das wissen wir alles sehr gut. Die Leiche hat man noch nicht gefunden, aber man wird sie sicher finden. — Man schwatzt zuviel davon. Uebrigens weiß alle Welt, daß zwischen Nietschajeff und Iwanoff irgend etwas war. Außerdem sind sie uns sowieso auf der Spur, es sprechen dafür allerhand Anzeichen."

„Und was denken Sie?" fragte ich.

„Nichts!" gab er ruhig zurück. „Ich warte."

„Worauf denn?" fragte ich erstaunt.

Uspienski ließ seine hellen Augen auf mir ruhen.

„So wie die Sache augenblicklich steht, kann von Flucht keine Rede sein. Man muß soviel retten, wie man kann. Die Regierung wird versuchen die Sache aufzublasen, wenn wir sie nicht durch unser Betragen auf der Anklagebank retten, kann die revolutionäre Energie in Rußland darunter leiden. Wir dürfen das nicht vergessen."

„Sind Sie allein?" fragte ich.

„Nein, ich habe eine Frau, die wird man auch verhaften. Das ist das einzige, was wir machen können. Entweder man hätte nichts unternehmen sollen oder aber wenn ja, dann können wir die Verantwortung nicht von uns streifen. Bis jetzt haben wir nicht viel geleistet. Wenn wir aber durchhalten und uns auf der Anklagebank gut benehmen, wird alles ein anderes Gesicht bekommen. Es ist klar. Die Regierung wird sich alle Mühe geben, uns als Verrückte, Verbrecher oder Unmündige hinzustellen. Die Welt muß aber Revolutionäre erblicken. Die Anklagebank ist unsere einzige Rednertribüne in Rußland. Wenn ich jetzt die Flucht ergreifen sollte, das wäre so, als wenn ich um das Wort gebeten hätte, und dann kneifen wollte."

Als ich ihn anhörte, war ich erstaunt, daß Nietschajeff diese Seelengröße und Stärke nicht hatte begreifen können.

Ich sprach irgend etwas dergleichen aus.

„Zu mir hatte Nietschajeff im Grunde Vertrauen," sagte Uspienski. „Aber er besitzt eine zu tiefe Verachtung für alle. Er selbst weiß vielleicht gar nicht wie sehr er alle verachtet. Bei uns in Rußland wachsen sonderbare Menschen auf. Lesen Sie mal den Prozeß der Anhänger Karakosoffs nach, was für eine Mischung von Kinderei, Naivität und wildem Mut. Es wird schwer sein Rußland aufzurichten."

„Ist Ihre Frau ebenso gefaßt auf alles?"

Uspienski lächelte sonderbar:

„Wie könnte es anders sein? Wir träumen jetzt miteinander, wie wir uns in Sibirien werden wiedersehen können. Dann werden auch wir glücklich sein dürfen. Wir nennen das unsere Italienreise. Der Lenz soll dort sehr schön sein. Für einige Wochen erwacht eine ganz tropische Vegetation."

„Aber," sagte er schließlich, „Sie dürfen hier nicht so lange sitzen, jeden Augenblick kann was passieren. Wenn ich kann, werde ich Sie noch bei Popoff besuchen."

Ich begann herumzuirren in den Straßen dieser ganz fremden Stadt.

Meine Gedanken kehrten immer wieder zu Uspienski zurück. Ich mußte an diese Ruhe und diese Kraft denken, welche noch die eines Brennesseln übertrafen. Der war wie ein Kristall entstanden in einer höheren geistigen Welt! Uspienski aber war ein Stein der irgendwo in der Natur seine schöne Form erhalten hatte.

„Heute sehe ich, daß Nietschajeff sich geirrt hatte und auf einem falschen Weg war. Aber ohne ihn wüßte ich nichts von mir und nichts von dem, was ich heute weiß. Ich würde gar nicht daran denken und wäre nicht der, der ich bin."

Diese Worte hatte er zu mir während unserer Unterhaltung gesagt. Ich glaube, daß er damit das Verhältnis sehr richtig ausgedrückt hatte.

DER JUNGPROLET

Weißer Terror gegen Jungkommunisten.

Am Sonntag, den 21. September sollte in allen Ländern der Antikriegstag des internationalen Gewerkschaftsbundes stattfinden. Die Kommunistische Jugend Schlesiens und der tschechischen Randgebiete wollte diesen Tag in einem Treffen und einer gemeinsamen Kundgebung auf der Schneekoppe begehen. Den reformistischen Kundgebungen sollte hier eine revolutionäre Kundgebung entgegengesetzt werden.

Doch die herrschende Klasse, die ganz genau weiß, daß ihre Herrschaft nur noch ein tönerner Koloß auf schwachen Beinen ist, durfte bei Strafe des Fortschreitens des eigenen Zerfalls diese weitere Erschütterung ihres Unterbaues durch die revolutionäre Kundgebung nicht zulassen. Vor allen Dingen lag ihr viel daran, die friedliche, kapitalistenfreundliche Tendenz der IGB.-Kundgebungen nicht durch eine revolutionäre Kundgebung stören zu lassen und zu verhindern, daß doch wohl sehr viele Arbeiter über den Unterschied der verschiedenen Parolen und des Inhaltes der Kundgebungen nachdenken. Aus diesem Grunde mußte die internationale Kundgebung der Jungkommunisten durch gemeinsame Arbeit der deutschen und tschechischen Polizei verhindert werden. So wurden denn sämtliche Polizeistationen in der Nähe der Schneekoppe mobilisiert.

In Landeshut ereignete sich dann auch der erste Zwischenfall. **So wie das rote Tuch auf den Stier, wirkte die mitgetragene rote Fahne der Kommunistischen Jugend auf die blaue Polizei Landeshuts.** Damit soll ihr nun nicht denken, daß die blauen Polizisten in Landeshut auch solche Tiere mit Hörnern auf dem Schädel sind. Im Gegenteil, diese Unschuldslämmer waren nur dazu da, die Ruhe (der Spießbürger) und Ordnung (der regierenden Geldsäcke) zu wahren und zu schützen. Und da nun die Polizisten nicht der oben beschriebenen niedlichen Tierrasse angehören, gingen sie auch nicht mit gesenktem Kopf, sondern nur mit blanker Pempe gegen die wehrlosen Jugendlichen vor. Das Ruhmesblatt der Nachkriegszeit wird denn auch die Heldentaten der Landeshater Polizei in goldenen Lettern tragen.

Es wird darin nachzublättern sein, daß wehrlosen jungen Genossinnen die die rote Fahne, das Kampfeszeichen der Arbeiterschaft verteidigten, von den Ordnungshütern rücksichtslos mit dem Degen der Schädel blutig geschlagen wurde.

Was würden die bürgerlichen Dämchen und Herrchen schludern und geifern, wenn der Jungprolet einmal einer „Dame" in der Bahn nicht den Vorrang des Sitzens einräumt? Aber das ist ja etwas anderes, Du bist eben Prolet und hast Deine Rolle als Schlacht- und Arbeitsvieh zu Ende zu spielen oder — den Spieß einmal umzudrehen. Weil nun die herrschende Klasse keinen Unterschied zwischen „Mein" und „Dein" zu machen weiß, wußten auch die Polizisten wahrscheinlich nicht, daß die Fahne Eigentum der KJ. war. Diese wurde nach kurzem Gerecht unter Mithilfe von Stahlhelm- und Reichsbannerleuten aus entrissen urmektiert. **Dies war ein leuchtendes Kapitel sozialdemokratischer und republikanischer Einheitsfront.** Mit schußbereitem Revolver und blankem Degen bewaffnete Polizisten und Staatsbürger, mit eichenen Knüppeln bewaffnete, der Republik (von Geldsacks Gnaden) treu ergebene Reichsbannerleute und Anhänger der pazifistisch-demokratischen Friedenspartei der SPD. und sonstige ehemalige Frontsoldaten, Mitglieder des Stahlhelmes und Verteidiger der Interessen der Schwerindustriellen — in einer Reihe gegen die revolutionären Jungarbeiter und die Fahne der Arbeiterschaft. Ein Bild, wie für Götter — das Antlitz der deutschen Republik! Während überall im Reiche die Schwadroneure der SPD. schrieen: „Nie — wieder — Krieg", hieben ihre Untertanen in Landeshut, der SPD.-Ideologie treubleibend, mit vereinten vaterländischen Kräften auf Jungarbeitern herum.

Nach dieser „Erholung" wurde dann der Nachtmarsch zur Schneekoppe angetreten. Polizeiautos verfolgten noch eine Zeitlang den Trupp. Auf dem Kamm des Riesengebirges wandernd, wurde frühmorgens die Schneekoppe erreicht.

Einem anderen Trupp, welcher vormittags im Melzergrund bei der Schneekoppe rastete, ging es ähnlich so wie uns in Landeshut.

Kriminalbeamte und Gendarmerie überfielen plötzlich die rastende Truppe. Das flatternde rote Fahnentuch hatte es ihnen auch diesmal wieder angetan. Das nach langem Suchen gefundene Fahnentuch wurde beschlagnahmt und sämtliche Anwesenden wurden, weil sie eine rote Fahne mitführten und Kommunisten waren, oder weil sie am Abhang der Schneekoppe lagerten (wahrscheinlich nur ein Privileg der Bourgeoisie) oder weil sie irgend etwas planten oder weil sie in Gedanken vielleicht an irgendein Treffen dachten oder weil sie Schwerverbrecher sind, oder, oder, oder, aufgeschrieben. Den Grund weiß nur Gott und der notierende Kriminalbeamte allein. Weil man die frische Wald- und Gebirgsluft den erholungsbedürftigen Jugendlichen stehlen konnte, wurden sie des Stückchen Erde auf der sie lagerten, verwiesen und unter der Obhut der Polizeibeamten auf verschiedenen Wegen zum Bahnhof transportiert. **Seht, o Jungproleten, der Staat sorgt für Euch!** Damit ihr nicht zuviel frische Luft genießt, werdet ihr sorgfältig abtransportiert! Damit ihr nicht in unrechte Hände fällt, beschützt und behütet euch die republikanische Polizei und führt euch den richtigen Weg, damit ihr nicht irre lauft und lange lebet auf Erden und für den Unternehmer schaffen kannst!

O, Ironie des Schicksals! Rote Fahnen tragen ist verboten vom deutschfüllen Innenminister, weil diese Fahnen einer politischen Partei sind. So berichtete uns der notierende Kriminalbeamte. In Wien schwören Sozialdemokraten auf die rote Fahne und in Deutschland verbietet ein Sozialdemokrat dieselbe.

Besser ist bisher nicht das wahre Gesicht der Sozialdemokratie und der zweiten Internationale gezeigt worden. Sie kann so — aber auch so. Wie es nötig ist, werden die Proleten mit Phrasen und roten Fahnentuch eingewickelt und wo die Industriellen befehlen, wird prompt die rote Fahne zu einer republikfreundlichen gestempelt und man hüllt sich in die Farben bürgerlicher Republik „Schwarz-rot-gold" ein. Das kennzeichnet blitzartig das Wesen der SPD. als bürgerliche und dem Kapital verbundene Partei.

Kein Genosse sollte verfehlen, den sozialdemokratischen Arbeitern und Jugendmitgliedern von diesen unerhörten Tatsachen Mitteilung zu machen. Jedes ehrliche Proletenherz muß sich bei diesen Tatsachen zusammenkrampfen und jeder sollte sich an den Kopf fassen und fragen: ist das möglich? Jawohl, das ist möglich auf Grund des jahrelangen Weges der Sozialdemokratie zum Kapital. Diejenigen aber, die diesen Weg nicht mitmachen, werden verfolgt, niedergeknüppelt und eingesperrt.

Jeder ehrlich denkende Arbeiter und Jungarbeiter wendet sich voll Ekel ab von dieser Partei und erhebt mit uns die Stimme an alle Arbeiter zum Kampf gegen die Klassenherrschaft aufzurufen. Kämpft gegen den weißen Terror, gegen die Klassenjustiz für die Befreiung aller Ausgebeuteten durch die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterschaft! Heraus zum Protest!

Die Internationale wird die Menschheit sein —

Von Paul Baak.

Zum 28. September 1924.

Der große Gedanke der internationalen Vereinigung aller Proletarier fand schon seinen Ausklang im internationalen Bund der Kommunisten (1847) und im „Kommunistischen Manifest."

Ein festerer Zusammenschluß fand erst statt in der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahr 1864. 60 Jahre sind es jetzt her, daß sich zum ersten Male eine wirkliche internationale Arbeitergesellschaft bildete. Eine wahrhaft vorwärtstreibende Tat in der Geschichte der Arbeiterbewegung, und Grund zu einer rückschauenden Betrachtung.

Diese 1. Internationale war der erste Versuch, eine Gemeinschaft zu bilden, die den geschlossenen internationalen Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen sollte. Die Interessen aller Arbeiter aller Länder sind die gleichen, überall gibt es Ausgebeutete und Ausbeuter. Karl Marx wollte eine wirklich kampffähige internationale Organisation schaffen, und der erste Erfolg war die 1. Internationale.

Sie hat es verstanden, und es ist ihre große Leistung, in den Köpfen des aufwachenden Proletariats, Klarheit zu schaffen über die Wege und Ziele des revolutionären Klassenkampfes.

Sie sprach sich klar und deutlich für den Kampf um die Besitzergreifung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat aus. Das Statut der 1. Internationale enthielt die Hauptgrundsätze des internationalen Kampfes der Arbeiter im Sinne des 1848 geschriebenen „Kommunistischen Manifest". Großen Einfluß hatte sie auf die Streikbewegungen, und machte weitgehendste Propaganda für die neuen Ideen.

Aber sie war nur ein Teil, nur eine Tat auf dem Wege des Proletariats zu seiner Befreiung. Innerhalb des Generalrates kämpfte Marx gegen die monarchistische Richtung um die Führung der Internationale. Nach der Niederlage des Pariser Proletariats ging sie nach 10 Jahre ungenügender Verankerung zugrunde. Marx legte sie noch ihre Stellungnahme zum Kriege 1870/71 und unterstützte die Kämpfe der Pariser Komune an der ihre Mitglieder teilnahmen. Die Auflösung wurde beschleunigt durch die Einsetzung der Verfolgung aller Gruppen und Mitglieder der Assoziation, durch die kapitalistischen Regierungen.

Die endgültige Aufgabe, die sie sich gestellt hatte, konnte sie nicht vollenden. Die kapitalistische Gesellschaft befand sich noch in aufsteigender Entwicklung, sie war noch nicht reif zum Sturz.

Der Weg der Befreiung des Proletariats geht über Niederlagen und Siege. Niederlagen sind notwendig, sie zeigen dem

Die politische Macht zu erobern, ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklasse. Ein Element des Erfolges besitzen die Arbeiter: ihre große Zahl. Aber die Masse fällt nur in die Wagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet.

(Aus der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation.)

Kämpfenden die gemachten Fehler und lehren ihn doch endlich zu siegen.

Die 1. Internationale ließ nach sich: den Gedanken der internationalen Vereinigung der Arbeiter, sie hatte die Aufgabe, die Gedanken und den Kampf zu vereinheitlichen, erfüllt. Karl Marx fiel der größte Anteil zu, er hatte sich mit seiner ganzen Kraft für diese erste internationale Vereinigung eingesetzt.

1914 gedachten nur wenige des fünfzigjährigen Gedenktages der 1. Internationale. Die 2. Internationale, von dem Reformismus untergraben, war zerschellt an dem Verrat der sozialdemokratischen Führer in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern und der nationalen Verhetzung. 1914 siegte der Nationalismus über den Internationalismus. Die Menschheit mußte lernen, daß einen endgültigen Frieden nur die Internationale bringen kann.

Und als im März 1919 unter der Führung Lenins die dritte Internationale geschaffen wurde, da hatte sich die Arbeiterklasse die Vorbedingung und Organisation der endgültigen Befreiung geschaffen.

Diese neue internationale Vereinigung führte den Gedanken der 1. Internationale weiter, sie wurde die Idee des revolutionären Kampfes, des gewaltigen Sturzes der jetzt noch Mächtigen der ganzen Welt, und legte ihrem Programm die Errichtung der Diktatur des Proletariats zugrunde. Die dritte Internationale lehrt die Proletarier zu kämpfen, die zweite Internationale versagte dort, wo die kommunistische einsetzte.

Am 60. Jahrestag der ersten Internationale gedenken wir der Pioniere und Kämpfer des Proletariats, und es muß allen Ausgebeuteten zum Bewußtsein kommen, daß das, was uns der große Lehrer des Kommunismus vor 60 Jahren zeigte, unter der Führung der Kommunistischen Internationale verwirklicht wird.

Dann werden die Arbeiter unter der roten Fahne die Macht des in allen Fugen krachenden Kapitals stürzen!

Heitere Ecke.

Die SAJ. fühlt sich aller Alltagssorgen entrückt.

Aus der Jugendbeilage der „Volkswacht" entnehmen wir:

„Schnell verging die Zeit, in der wir die einzelnen Räume besichtigten, deren Gipfelpunkt die freundliche Ausstattung des Musikzimmers bildete. Wir mußten um 11.30 Uhr das so vorzüglich ausgestattete Heim verlassen und uns auf den Rückweg begeben. Froh und glücklich fühlten wir uns allen Alltagssorgen entrückt."

Zu den Alltagssorgen rechnet die SAJ. natürlich den proletarischen Klassenkampf. Diesen ist sie allerdings entrückt. Ob aber das Jungproletariat bei 10 Stundentag, niederen Löhnen kommenden Arbeitspflichtjahr durch ein freundlich ausgestattetes Musikzimmer sich der Alltagssorgen entrückt fühlt?

Es war — in der Republik.

Gott schuf zwei Sorten von Menschen, die einen sind in der Kommunistischen Jugend, die anderen im katholischen Jugendverein. Und wem Gott lieb hat, den züchtigt er. Also auch am Sonntag, dem 10. Internationalen Jugendtag der KJD. Und das kam so:

Neiße hat neben einem hohen Berge, dem Steinberg, auch noch eine tüchtige Polizei und die letztere hatte erfahren, daß die Kommunistische Jugend an diesem Tage den Steinberg, nu, sagen wir einmal, besuchen wollte. Deshalb entwarf sie strategische Pläne um diesem Versuch energisch entgegentreten zu können. 6 (sechs) Gendarmen wurden auf den Berg beordert und warteten dort der Dinge, die da kommen sollten. Einstweilen ließen sie die Sonne auf ihren Bauch scheinen und legten sich ins Gras.

Und die Dinge kamen. Kamen in Gestalt eines Zuges, der sich den Berg hinaufbewegte. Den Gendarmen hüpfte das Herz vor soldatischem Ehrgeiz. Nach kurzem Ueberblick über das Gefechtsfeld ein gegenseitiges Sichverstehen und — Gloria, der Feind war gefangen. Widerstandslos. — Der Kommunismus geschlagen.

Was naht sich dort für eine ehrwürdige Gestalt? Wie, sehe ich recht? Der Präses des katholischen Jugendvereins? Warum beflügelt er seine Schritte? Will er etwa Fürbitte einlegen, getreu: Liebe deine Feinde? Doch nein! Die „Gefangenen" begrüßen ihn wie alte Bekannte. Den Gendarmen schwant nichts Gutes. Eine kleine Aussprache unter vier Augen und — der Katholische Jugendverein darf seines Weges ziehen. —

Neiße soll an diesem Tage gelacht haben. Versteht sich über das herrliche Wetter. — Wir lachen heute noch. Erich.

An den Pranger.

Von einem Sommer, in dessen Kopf der tiefste Winter herrscht.

Jedermann weiß, daß es zweierlei Gewerkschaftsmitglieder gibt, nämlich gute und schlechte. Weniger bekannt und weniger glaubhaft dürfte es sein, daß die guten die SPD.-Leute und die schlechten die bösen Kommunisten sind. Zum Beweise folgende Zeilen:

Das hiesige freigewerkschaftliche Jugendkartell hatte die Abhaltung einer Arbeitsdienstpflichtkundgebung gemeinsam mit dem „Reichsbanner" angeordnet. Von diesem Beschlusse erfuhr nun ein kleiner Gernegroß und Wichtigtuer, der „Kollege" Fritz Sommer aus dem Holzarbeiterverband. (Im Hauptberuf Kommunistenfresser, im Nebenberuf Mitglied der SAJ. und des Reichsbanners „Schwarz-rot-gold".

Als „guter" Gewerkschaftler glaubte er nun die Arbeit des Jugendkartells dadurch besonders fördern zu können, daß er bewußt folgende Falschmeldung weitergab: „Das freigewerkschaftliche Jugendkartell hat beschlossen, den Mitgliedern des Reichsbanners, das Betreten seiner Veranstaltungen, Heim usw. zu verbieten". Zweck dieser Falschmeldung war, eine regelrechte Arbeit unmöglich zu machen und die Schuld an dem schlechten Besuch der Veranstaltungen auf die im Kartell delegierten Kommunisten zu schieben. Diese bodenlose Gemeinheit ist ihm im großen und ganzen gelungen, und als man ihn zur Rede stellte, bestätigte er noch einmal, diese Lügenmeldung bewußt in diesem falschen Sinne verbreitet zu haben. Die Frechheit des Eingeständnisses wird wohl keinen mehr überraschen, wenn er hört, daß Sommer weiter erklärte, dieses mit „Genehmigung des Hauptvorstandes des Reichsbanners" (wörtlich gesagt) getan zu haben. Wir können uns nur freuen, daß dieser Heldenjüngling eins noch nicht richtig kann, nämlich das Maulhalten.

Doch auch die SAJ. kann auf ihren würdigen Sprößling stolz sein. Vielleicht greift sie bei Gebrauch ihres vierten (!!) Breslauer Sekretärs auf dessen Individuum zurück.

Im Hinblick auf diesen Vorfall vergleiche man die moralische Sonntagspredigt, die die letzte Jugendbeilage der „Volkswacht" uns Kommunisten hält. Entstellung der Tatsachen und Lügen sollen wir als wichtige Kampfmittel für revolutionäre Klassenkämpfer ausgeben. Welch sittliche Verkommenheit, so rufen die SAJ.-Leute, deren Leitstern das: „Treu, immer Treu und Redlichkeit" ist. Und sie haben recht: Wenn man nicht im harten unerbittlichen Kampfe mit der Bourgeoisie steht, deren Häscher und Richter einem ständig auf dem Nacken sitzen, dann braucht man nicht die Tatsachen zu entstellen, denn kann man auf dem geheiligten Boden von „Recht, Wahrheit und Sittlichkeit" bleiben. Nur daß man dann eben nicht ein revolutionärer Klassenkämpfer, sondern ein behäbiger Spießer ist, der es nicht versteht, sämtliche Fragen, und auch die Fragen der Moral, vom Klassenstandpunkt zu betrachten. Gegenüber der feindlichen Klasse, gegenüber der Bourgeoisie haben wir das sittliche Recht, Tatsachen zu entstellen. Gegenüber der eigenen Klasse, gegenüber dem Proletariat bin ich verpflichtet, nur mit der Wahrheit zu operieren; denn das Proletariat wird nur klassenbewußt, wenn es die Wahrheit über die gesellschaftlichen Zusammenhänge erfährt. Und gerade deshalb bekämpfen wir die Sozialdemokratie und die SAJ. bis aufs Messer, weil diese dem Proletariat gegenüber die Wahrheit entstellt und mit Lügen arbeitet: Daß man etwa ohne Revolution in den Sozialismus „hineinwachsen" könne, daß imperialistische Kriege „zufällig" sind usw. usw. Indem sie sich somit auf den Boden der Moral stellen, die die Klassenmoral der Bourgeoisie ist, indem sie uns Kommunisten heuchlerische Vorwürfe machen, vor dem Untersuchungsrichter die Tatsachen zu entstellen, zeigen Sozialdemokratie und SAJ., daß sie in jeder Beziehung **in das Lager der Bourgeoisie abgeschwenkt sind.** So ist der Fall Sommer, der gegen das revolutionäre Proletariat bewußt Falschmeldungen und Lügen ausstreut, kennzeichnend für die SAJ.

Wie in einem Brennpunkt sind in Sommer die Kennzeichen der SAJ. vereinigt: theoretische Ahnungslosigkeit und dummdreiste Geschäftstüchtigkeit, verbunden mit kleinbürgerlichem Stampfsinn, der sich letzten Endes überschlägt in offenen, bewußten Verrat an der Arbeiterklasse. Alfred.

Lakaien.

Am Sonntag, nach der gewerkschaftlichen Anti-Kriegskundgebung in Breslau, zogen das freigewerkschaftliche Jugendkartell und SAJ. Leute vor das Gewerkschaftshaus. Sobald erschien Schupo, um den Jungarbeitern die Freiheit der Oberrepublik deutlich zu machen. Doch mit Hochrufen auf die deutsche Republik wurde die Schupo empfangen. Mit Entsetzen vernahmen das die Gewerkschaftsbonzen, die bekanntlich schon bei dem Wort Revolution Ohnmachtsanfälle bekamen. Und der SPD.-Stadtrat, Herr Rasch, in Breslau durch seinen Kommunistenkoller bekannt ist, bekam es fertig, einen KJ.-Genossen, der gleichzeitig Mitglied des freigewerkschaftlichen Jugendkartells ist, das Gewerkschaftshaus wegen der Vorfälle auf der Margarethenstraße zu verbieten. Die SAJ.-Leute können an diesem unerhörten Vorgang die Arbeiterfeindlichkeit und die bürgerliche Niedertracht ihrer Führer erkennen. Sie sehen an diesem Beispiel deutlich, wie recht wir Kommunisten haben, wenn wir für das sozialdemokratische Führergesindel nur ein Wort übrig haben: **Lakaien des Kapitals.**